

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringergeld 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Plakatschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Keine grundsätzliche Ablehnung?

Die Presse der Rechten sieht bereits eine Regierungsbildung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie werden. Nach ihren Versicherungen haben Zentrum und Demokraten bei den Besprechungen beim Reichskanzler zwar Bedenken geäußert, ob sich angesichts der Bedingungen, die unsere Partei in dem Antwortschreiben an die Rechtssozialisten gestellt hat, eine Verständigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielen lassen werde. Aber beide Parteien sollen keine grundsätzliche Ablehnung ausgesprochen haben und das genügt, um die Rechte sehr bedenklich zu machen.

Die Herren von rechts beunruhigen sich umsonst. Wenn die Demokraten und das Zentrum klug genug sind, keine grundsätzliche Ablehnung auszusprechen, so werden sie doch durch die Art ihrer Bedingungen das erzielen, was auch durch eine grundsätzliche Ablehnung nur erzielt werden könnte, die Verhinderung der Koalitionsverbreiterung nach links. Ein Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierung ist, davon sind wir überzeugt, keine praktische Frage. Sie war es nicht vor Görlitz — sie wird es noch viel weniger nach Görlitz sein, dafür haben die Rechtssozialisten in ihrer Schläue gesorgt.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Verhandlungen, die gestern beim Reichskanzler wegen der Regierungsbildung im Reich stattfanden, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Sie sollen in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Inzwischen wünschen die beteiligten Parteien von den Industrie- und Handelsbetrieblern eine nähere Einzelheiten über ihr finanzielles Angebot an die Regierung zu erfahren. Der Briefwechsel zwischen SPD. und USPD. hat gestern die Besprechungen beeinflusst und es wurde auch die Frage gestellt, welche Haltung Zentrum und Demokraten zu der Antwort der USPD. einnehmen. Wahrscheinlich werden jetzt die Dinge so laufen, daß die SPD. die Fragen der USPD. an die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien weitergibt, die dann Stellung zu nehmen haben. Wie man hört, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese bürgerlichen Gruppen an die Unabhängigen die Gegenfrage richten wollen, ob sie bereit seien, mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung einzutreten. Die Antwort, die die Unabhängigen ihnen geben werden, liegt auf der Hand.

Berliner Morgenblätter berichten weiter noch über die Verhandlungen:

Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. In dieser Angelegenheit wird die Sozialdemokratie schriftlich eine Anfrage an die beiden anderen Koalitionsparteien richten, auf die diese dann mit einer schriftlichen Erklärung antworten werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll über diesen Punkt befragt werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden darauf auf nächste Woche vertagt.

Die Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stegerwald über die Frage der Regierungsbildung in Preußen haben ebenfalls kein positives Ergebnis gehabt. Es wurde beschlossen, daß jede Fraktion ihre Grundzüge für die weiteren Verhandlungen und ihre Forderungen an die künftige Regierungspolitik schriftlich formulieren soll. Darauf soll dann darüber in neuen Besprechungen der Fraktionsführer mit dem Ministerpräsidenten Stegerwald, die am nächsten Donnerstag stattfinden sollen, beraten werden.

Eine ganz merkwürdige Auslegung gibt die Leipziger Freie Presse dem Antwortschreiben der Zentralkommission und der Reichstagsfraktion der USPD. Das Blatt schreibt:

„Die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt sich bereit zu einer Regierungsbildung mit allen Parteien, also auch mit der Deutschen Volkspartei, die ihre Bedingungen unterschreiben.“

Wie die Freie Presse zu dieser unsinnigen Folgerung kommt, die unsres Wissens sonst kein anderes Blatt aus dem Schreiben unsrer Zentralkommission gezogen hat, ist uns unverständlich. Selbstverständlich denkt niemand in der USPD. an eine Regierungsbildung mit der Stinnespartei.

Gegen die neue Koalition.

Volksparteiliche Forderungen nach Wendung der Außenpolitik.
Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Freiheit wirft Genosse Breitscheid die Frage auf, ob ein neuer Wechsel in der Außenpolitik bevorstehe. Anknüpfend an die Rede Noblemaitres in Genf führt er aus, daß es neben einem Frankreich des unverständlichen Nationalismus ein anderes gebe, in dem Vernunft und Verständigungswille erwache. Nur der, der die Bedeutung verkenne, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für den Frieden der Welt und die Wiederherstellung Europas hätten, werde diese Tatsache gering einschätzen. Nur wer da glaube, wir könnten die Kunst, die zwischen uns und den Franzosen bestehe, unüberbrückbar lassen, dürfe sich gegen eine Politik wenden, die das Zustandekommen eines erträglichen Verhältnisses zwischen dem deutschen und dem französischen Volk als vornehmste Aufgabe betrachten. Genosse Breitscheid weist dann auf mehr oder weniger offene Angriffe hin, die aus dem Lager der bürgerlichen Beschwörer der neuen Koalition neuerdings gegen die Außenpolitik Wirths gerichtet worden sind und zitiert insbesondere volksparteiliche Äußerungen, die zu einer Abkehr von der Erfüllungspolitik und zu einer Anlehnung an England mahnen. Er stellt alsdann im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der neuen Koalition fest, daß die Wünsche von halbamtlichen und amtlichen englischen Stellen nicht ohne Einfluß geblieben seien. Breitscheid erklärt, daß eine Wendung, wie sie sich hier vorbereiten scheint, verhängnisvoll sein würde. Die Wirkung, die einem Versuch, mit England antifranzösische Politik zu treiben, folgen müßte würde ungeheuer sein. „Wir hoffen von der Einsicht der Franzosen, daß sie schließlich die Unmöglichkeit der uns auferlegten Bedingungen erkennen, aber dieser Prozeß würde nur erschwert werden, wenn in Paris der Eindruck entstände, daß Deutschland seine Zuversicht auf antifranzösische Stimmung in London setze. Alles spricht gegen einen Wechsel des bisherigen Systems und auch aus diesem Grunde haben wir also Anlaß, der neuen Koalition mit dem größten Mißtrauen entgegenzusehen.“

Die Staatsaktion von Danzig.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unter gewaltigem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht in Danzig der Prozeß gegen die kommunistischen Volkstagsabgeordneten Kahn und Schmidt, die angeklagt sind wegen Vergehens gegen den § 105 des Strafgesetzbuchs, der mit Zuchthaus oder Festung bis zu fünf Jahren, diejenigen bedroht, die es unternehmen, ein Parlament auseinanderzusprengen oder zur Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen. Es sind 103 Zeugen geladen, darunter der größte Teil der Volkstagsabgeordneten und Senatoren, die jener Sitzung, in der die Verhaftung erfolgte, beigewohnt haben. Die Verteidigung der Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld übernommen. Der Prozeß ist deswegen interessant, weil es in der Geschichte des Parlamentarismus der erste Fall sein dürfte, in dem auf Grund der erwähnten Strafvorschrift gegen Parlamentarier eingeschritten wird.

Die Beziehungen zu Sowjetrußland.

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Berliner Abendblatt brachte gestern die Nachricht, daß der Leiter der russischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Frhr. v. Malchahn, demnächst eine andre Verwendung im diplomatischen Dienst finden werde. Das Blatt sagte, daß diese Personalveränderung auch einen gewissen Wechsel unsres politischen Kurses gegenüber Sowjetrußland bedeutet und daß nach den geringen Ergebnissen der bisherigen handelspolitischen Annäherung in Zukunft Moskau gegenüber größere Zurückhaltung üben werde. Wie die Volkszeitung erfährt, trifft es zu, daß Frhr. v. Malchahn demnächst seinen bisherigen Posten verlassen und eine Stellung im diplomatischen Auslandsdienst antreten wird. Die Gründe seien aber durchaus persönlicher Natur und hätten nichts mit einem politischen Frontwechsel in den russischen Fragen zu tun.

Bildung des Ueberwachungsausschusses für die Ein- und Ausfuhr.

Berlin, 4. Oktober. (U.) Am 10. Oktober d. J. findet in Koblenz eine Konferenz zur Bildung des Ueberwachungsausschusses der deutschen Ein- und Ausfuhr statt, dem Deutschland bereits zugestimmt hat. Die Einladungen zu dieser Konferenz ergehen von dem Präsidenten des Sachverständigenkomitees. Von deutscher Seite nehmen unter Führung des Geheimen von Lucius acht Vertreter an diesen Verhandlungen teil, darunter je ein preussischer, bairischer und hessischer Vertreter.

Das Reichshabineff für Ralfizierung des Wiederaufbauabkommens.

Berlin, 4. Oktober. Das Reichshabineff beriet gestern über das Wiederaufbauabkommen und sprach sich dem Tageblatt zufolge nach einem Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau für die Ratifizierung des Abkommens aus. Heute vormittag wird sich der auswärtige Ausschuß des Reichstags mit dieser Angelegenheit befassen.

Gestörte Feler des Stahlhelmbundes.

Jena, 4. Oktober. Zu schweren Ausschreitungen kam es am Sonntag in Erfurt anläßlich des Stiftungsfestes des Stahlhelmbundes. Der geplante Umzug war polizeilich verboten worden. Als sich am Sonntag vormittag Mitglieder im Rheinischen Hof versammelt hatten, drangen Kommunisten in das Lokal ein und mißhandelten die Stahlhelm-Leute.

Der geplante Steuerraubzug.

IV. Die unzulänglichen Besitzsteuern.

Als im Jahre 1919 Erzbergers Pläne zur Steuerreform bekannt wurden, erhoben die Besitzenden ein großes Geschrei über die geplante scharfe Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung. Sie zerteten über die „Konfiskation der Vermögen“, über den „Ruin der Wirtschaft“ und dergleichen Schreckliches mehr. Nechliche Klagelieder haben die Besitzenden Kreise zwar stets angekündigt, aber die Erzbergerschen Steuerpläne konnten ihnen damals tatsächlich Anlaß zu Besorgnissen um ihre fetten Kriegsgewinne geben. Mit 60 Prozent sollte das Reineinkommen von 1919, mit 80 Prozent der Vermögenszuwachs besteuert werden. Von dem dann noch verbleibenden Vermögen sollten 65 Prozent durch das Reichsnotopfer eingezogen werden und für die Einkommensteuer waren Steigerungen bis zu 60 Prozent vorgesehen. Es wurde berechnet, daß auch den größten Kriegsgewinnern nicht viel mehr als 150 000 M. von ihren Kriegsgewinnen übrig bleiben würden. Wie wir heute wissen, ist von all den Voraussetzungen nichts eingetroffen, weil diese Besitzsteuern zum größten Teil nur auf dem Papier stehen, aber nicht erhoben worden sind. Soweit die Besitzsteuern und Abgaben überhaupt eingezogen worden sind, haben die Kapitalisten die Ausfälle durch Abwälzung der Steuern und durch die im Zusammenhang mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung erzielten Riesengewinne wettgemacht. Die Vermögen sind nicht zusammengeschmolzen, sondern in ganz ungeheuerlichem Maße gewachsen, und trotz der angeblichen „Vermögenskonfiskation“ durch die Erzbergersche Steuerreformgebung kann die Reichsregierung jetzt neue Besitzsteuern in Vorschlag bringen. Bezeichnenderweise unterläßt es die Regierung, über die Erträge der hauptsächlichsten geplanten Besitzsteuern auch nur schätzungsweise Angaben zu machen. Das ist begreiflich, denn die vorersehene Belastung des Besitzes ist angesichts der von den Kapitalisten eingeholten Gewinne, die die Regierung selbst als riesenhaft bezeichnet, lächerlich gering.

Ueber die Kapitalverkehrssteuer und die Körperschaftsteuer braucht überhaupt nicht viel gesprochen zu werden. Durch die Kapitalverkehrssteuer, die nach der Umänderung 900 Millionen Mark mehr einbringen soll, sollen „alle der Kapitalbildung dienenden Vorgänge“ mit einer Abgabe belastet werden. Betroffen werden insbesondere die Gründung neuer Aktiengesellschaften, die Herausgabe von Aktien, Geschäftsanteile, Wertpapiere und die Geschäftsvorgänge an der Börse. Die Steuerhöhe, soweit sie geändert werden, sind trotz der Erhöhung immer noch so niedrig, daß die Steuer gegenüber den Riesengewinnen, die gerade in der jetzigen Zeit bei den Geschäften an der Börse gemacht werden, gar nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Die Körperschaftsteuer, die die Einkommen der Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.) besteuert, beträgt jetzt 10 Prozent des Geschäftsgewinns, wozu noch ein Aufschlag kam, der nach dem Verhältnis des Ertrages zum Kapital abgestuft war. Nach dem neuen Entwurf soll nun der Geschäftsgewinn einheitlich mit 30 Prozent festgesetzt werden. Neben dieser Verschärfung bringt der Entwurf aber auch wesentliche Erleichterungen für die Gesellschaften, über die in einem Artikel des Berliner Tageblattes, also eines sachverständigen Kapitalistenorgans, gesagt wird: „Wenn man genauer hinsieht, kann man vielleicht sogar zu der Ansicht kommen, daß ihnen (den Gesellschaften) mehr gegeben als genommen wird.“ Mit diesem Artikel eines Kapitalistenblattes dürfte diese „Besitzsteuer“ genügend gekennzeichnet sein. Selbstverständlich werden die Kapitalisten außerdem eine eintretende Mehrbelastung in ihre Preiskalkulationen mit einstellen und so die Steuer ganz von sich abwälzen.

Das eigentliche Kernstück der Besitzsteuern bildet die Vermögenssteuer, die an die Stelle des Reichsnotopfers treten soll. Das Reichsnotopfer war nach den Worten des ehemaligen Reichsfinanzministers Erzberger als ein „Sühnopfer für die Sünden des mammonistischen Geistes“ gedacht. Nach den ungeheuren Opfern an Blut und Leben, die die Volksmassen im Kriege gebracht hatten, sollte nun die besitzende Klasse Opfer an Gut bringen, um der schweren Not des Reiches zu steuern. Das Reichsnotopfer sollte eine Ablieferung eines Teils des Vermögens an das Reich sein. Schon damals wurde aber den Ablieferungspflichtigen die Möglichkeit gegeben, das „Opfer“ in langfristigen Raten — bis zu 30 Jahren — abzutragen. Damit war von vornherein die Möglichkeit gegeben, die Zahlungen nicht aus dem Vermögensstock, sondern aus den laufenden Einnahmen zu leisten. Das Notopfer verlor damit den Charakter einer einmaligen Vermögensabgabe und wurde zu einer Art Einkommensteuer, die der Kapitalist bei seinen Berechnungen mit berücksichtigen, also abwälzen konnte. Später hat man dann beschlossen, daß ein Drittel

des Notopfers totot gezahlt werden mußte. Ein großer Teil der Zahlungen ist aber in Rückenscheine gezahlt worden, die den Zahlungspflichtigen weit über den Kurswert angerechnet wurde, so daß die Steuerpflichtigen dabei noch ein ganz annehmbares Geschäft machen. Sie hatten aber vor allem den großen Vorteil, daß sie die Abgabe nur in dem inwischen im Werte ganz wesentlich gesunkenen Gelde zu leisten brauchten, während die Sachvermögen gleichzeitig ganz bedeutend im Werte weiter gestiegen waren. Deshalb fallen nun die restlichen zwei Drittel des Reichsnotopfers nicht mehr erhoben werden; an ihre Stelle soll die neue Vermögenssteuer treten. Den Wertänderungen will man dabei dadurch Rechnung tragen, daß der Vermögenswert von drei Jahren zu drei Jahren neu festgestellt wird.

Dah die vorgeschlagenen Steuerätze hoch wären, wird man kein bester Willen nicht behaupten können. Vermögen unter 100000 Mark bleiben frei. Die Sätze steigen dann bei höherem Vermögen von 0,05 Prozent bis auf ein Prozent bei Vermögen von über 20 Millionen Mark. Das laufende Notopfer soll dadurch ersetzt werden, daß für die ersten fünfzehn Jahre ein Zuschlag von 300 Prozent von den physischen Personen erhoben wird. Für die Erwerbseinkünfte beträgt der Zuschlag 150 Prozent. Die Wirkung würde sein, daß insgesamt von den physischen Personen für die nächsten 15 Jahre zu zahlen wären bei einem Vermögen von einer Million 800000 Mark, bei 10 Millionen Vermögen 2,800000 Mark, bei 100 Millionen Mark 3,8200000 Mark.

In der Begründung des Entwurfs wird gesagt, daß „in diesen Fällen ein Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich“ sei. Man sollte annehmen, daß das bei einer Vermögenssteuer, die diesen Namen verdient, eine Selbstverständlichkeit ist. In Wirklichkeit dürfen aber solche Eingriffe in den Vermögensstand — wenn überhaupt — nur sehr selten notwendig sein. Der Berliner Börsen-Courier, ein Kapitalistenblatt, brachte eine Anzahl Beispiele, die beweisen sollten, daß die Steuer das Kapital vernichten müsse. Die Berechnungen zeigen jedoch, daß ein Kapitalist, der 10 Millionen zu 3 1/2 (!) Prozent angelegt hätte, nach Abzug der Kapital- und der Vermögenssteuer jährlich noch 485000 Mark reine Einnahme haben würde. Da aber kein Kapitalist so dumm ist, heute Geld für 3 1/2 Prozent auszuliehen, so ist natürlich der Reingewinn noch viel größer. Ein Kapitalist mit 100 Millionen Mark würde nach dem Börsen-Courier die Vermögenssteuer nicht aus den tausenden Zinsenerträgen decken können. Er müßte vielmehr jährlich noch 2265000 Mark vom Vermögen nehmen, um Kapitalertrags- und Vermögenssteuer zahlen zu können. Dieser Unglückliche würde also in den 15 Jahren ganze 3 1/2 Millionen Mark von seinem 100-Millionen-Vermögen abgeben müssen. Da aber in diesem Falle auch nur mit einer Verzinsung von 4 Prozent gerechnet ist, so ist auch dieses Beispiel irreführend. In Wirklichkeit wird auch dieser Kapitalist ein viel größeres Einkommen haben, so daß auch er sein Vermögen nicht anzugreifen braucht, wenn er die Vermögenssteuer zahlen müßte. Die Beispiele zeigen, daß von einer Vermögenssteuer keine Rede sein kann. Das sollte aber ist, daß nach der Berechnung, die ein Fachmann im Vorwärts aufmachte, die in den ganzen fünfzehn Jahren zu zahlende Vermögenssteuer bei großem Vermögen niedriger ist als der Rest des Reichsnotopfers. Nach dieser Berechnung haben Leute mit kleinem Vermögen freilich mehr zu zahlen, bei 51000 Mark z. B. fast achtmal soviel. Kapitalisten mit 500000 Mark Vermögen würden dagegen nur etwa acht Zehntel, mit einer Million noch nicht sieben Zehntel des Notopfers zu zahlen haben. Erst bei Vermögen über 100 Millionen Mark ist die Abgabe in 15 Jahren so groß, daß dadurch der Rest des Reichsnotopfers ausgeglichen wird.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß als Stichtag für die Steuererklärung zur Vermögenssteuer erst der 21. Dezember 1922 vorgesehene ist, so daß die Veranlagung erst im Jahre 1923 erfolgen könnte. Die Kapitalisten hätten also reichlich Zeit, die ihnen zweckmäßig erscheinenden Vorkehrungen für die Steuerhinterziehung zu treffen.

Gewissermaßen eine Fortsetzung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs stellt die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit dar. Durch die Nachkriegsgewinnsteuer soll der nach 1919 entstandene Vermögenszuwachs steuerlich erfasst werden. Es handelt sich hier wie bei der Kriegszuwachssteuer um eine einmalige Abgabe. Die Steuerätze sind geringer als bei der Kriegsgewinnsteuer, angeblich, um Verschönerungssucht und Kapitalflucht nicht zu fördern. Sie steigen von 5 Prozent bei 1000000 Mark Zuwachs bis auf 30 Prozent bei einem Zuwachs von mehr als 20 Millionen Mark. Vermutlich wird sich mit der Nachkriegsgewinnsteuer daselbe wiederholen wie bei der Kriegsgewinnsteuer. Die Veranlagung und Einziehung wird so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß auch hier die Gefahr der Abwälzung entsteht und die Zuwachssteuer dann wie eine indirekte Steuer, die schließlich der Verbraucher tragen muß, wirkt.

Die weiter noch geplante allgemeine Vermögenszuwachssteuer kann bei untrübe Besprechung ganz außer Betracht bleiben. Sie ist ein reines Dekorationsstück, denn sie soll erst im Jahre 1926 in Kraft treten. Beachtung verdient aber eine Bemerkung, die in der Begründung zu dieser Steuer enthalten ist. Darin wird gesagt: „Mit der Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer würde also ein Steuerstufen geschaffen, das alle wirtschaftlichen Phasen erfasst und den Besitz in abschließender und erschöpfender Weise befaßt.“ Damit ist also ausgesprochen, daß mit den jetzt geplanten, ganz unzulänglichen Reichsteuern die Besteuerung des Besitzes überhaupt ihr Ende erreichen soll. Die Vermögenszuwachssteuer soll — wie es weiter heißt — den „Schlußstein der Besitzbelastung“ darstellen. Dieses Eingeständnis muß ganz besonders beachtet werden. Es muß der Regierung klargemacht werden, daß von einer erschöpfenden Besteuerung des Besitzes und von einem Abschluß der Besitzsteuern keine Rede sein kann. Die vorgeschlagenen Besitzsteuern sind durchaus ungenügend und es muß endlich eine wirksame Heranziehung des Besitzes zur Tragung der Lasten durch die Erfassung der Sach- und Goldwerte erfolgen.

Die Trauben sind ihm zu sauer.

Die Münchener-Augsburger Abendzeitung erhielt von dem bekannten Kapp-Putsch-Führer Korvettenkapitän Ehrhardt folgende Zuschrift: Seit den Märztagen erscheint von Zeit zu Zeit die Nachricht wieder, daß ich mich mit dem Gedanken eines neuen Put-

ches trage. Ich legte diesen Nachrichten keinerlei Bedeutung bei, da ich sie für Propagandanaechrichten von linksradikaler Seite hielt. In letzter Zeit beginnen auch an verantwortlicher Stelle stehende Männer diesen Alarmnachrichten Glauben zu schenken und es beginnt eine gewisse Beunruhigung Platz zu greifen. Ich erkläre deshalb: 1. Ich habe nach dem verunglückten Kapp-Putsch kein Verbrechen, mich nochmals an einem solchen unvorbereiteten planlosen Unternehmen zu beteiligen. Ich persönlich habe vielleicht am meisten von allen Beteiligten an den Folgen dieses verunglückten Putsches zu leiden gehabt. 2. Ich sehe ganz klar, daß ein neuer Putsch zum Scheitern verurteilt ist. Das Bürgerium ist zerissen und unheilvoller denn je. Die Nachmittel des Staates sind im Vergleich zum März des Jahres 1920 erheblich gesunken. Die Führer denken nicht daran, ihr sicheres Brot zu riskieren. 3. Ich halte es für ein Verbrechen an dem Reiche, jetzt, wo schwache Aussicht besteht, uns wirtschaftlich vor dem Zusammenbruch zu retten, indem durch große Opfer vielleicht die Erfüllung des Ultimatums möglich wird, aber doch durch den Verlust der Erfüllung Widerungen erzielt werden können, durch eine Gewaltaktion stehend, ja vernichtend in diesen Prozess einzugreifen. 4. Eine Bezeichnung meiner Person als Putschist, ganz gleich, ob das Vaterland dabei in Scherben geht, verbietet sich von selbst. (?) Ich habe keine Zeit aus fleischer Lederzeugung, dem Vaterlande zu helfen, den Kapp-Putsch mitgemacht. Ich habe daraus meine Lehren gezogen. Mag man mich noch so sehr anfeinden, verfolgen und bekämpfen: Nie werde ich etwas unternehmen oder zu etwas die Hand bieten, was unserm Lande, unserm Volke zum Schaden gereichen könnte. Ich bitte, mich nun endlich außerhalb der politischen Diskussion zu lassen. — Ein Vorschlag für die Regierung: Alle die Männer, die verbannt fern von der Heimat leben, sehnen sich nach ihr zurück und nach friedlicher Arbeit. Wechselt gewöhrt man es ihnen nicht, wo sonst so viel amnestiert wird? Die Sorge um ihr Tun und Treiben wäre damit vollständig verschwunden.

Wenn man das so hört, klingt es ganz vernünftig, fast überzeugend. Aber wer möchte diesen Putschisten trauen? Daß Ehrhardt kein Verlangen nach einem neuen unvorbereiteten, planlosen Putsch hat, ist ihm ja ohne weiteres zu glauben. Wie steht es aber mit den Unternehmungen, die seit Monaten planmäßig und in der großzügigsten Weise vorbereitet werden?

Eine unglaubliche Dreistigkeit ist es, wenn Ehrhardt schließlich auch noch Amnestie für die letzten drei oder vier noch nicht amnestierten Kapp-Putsch-Führer fordert, obwohl bis jetzt noch nicht einem einzigen von diesen Verbrechern ein Haar gekrümmt worden ist, während Hunderte von Arbeitern, die den Angriff der Kappisten abzuwehren suchten, auf lange Jahre in Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen wurden.

Die Mordzentrale Oberland.

Zu unserm gestrigen Auszug aus den Enthüllungen der Münchner Post über die Mordzentrale Oberland bringen wir nachstehend noch ein bemerkenswertes Dokument:

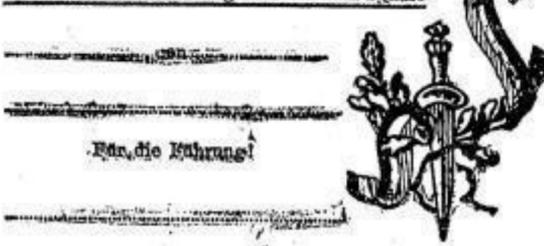
Der Verpflichtungsschein der Reichsfahne „Oberland“ sieht so aus:



Verpflichtung.

- Wir treten für keine Partei ein. Die Größe und die Ehre unseres deutschen Reiches stehen über dem Parteigehank.
- Wir wollen ein deutsches Reich, frei und stark, aus eigener Kraft, nicht durch Frankreich's, nicht durch England's Gnaden. Wir glauben an eine deutsche Zukunft, an die weltgeschichtliche Mission des deutschen Volkes. Schwere Schicksalsschläge können den Glauben an uns selbst und an unser Volk nicht erschüttern.
- Deutsch muß wieder werden, soweit die deutsche Zunge klingt.
- Wir bekämpfen den jüdisch-russischen Bolschewismus und den amerikanisch-jüdischen Kapitalismus, beides krankhafte Auswüchse des Wirtschaftslebens. Wir bekämpfen auf das entschlossenste das ganze Schieber- und Wuchertum. Nicht aus Gewinnwucht, sondern aus Freude am Schaffen, zu arbeiten ist deutsche Art; die Größe des deutschen Reiches oberstes Ziel.
- Wir werden niemals unsere Waffen abliefern und uns auflösen. Kein feindliches Diktat wird uns wehrlos, und somit erlos machen. Drohung mit Zuchthaus schreckt nur Feiglinge — Aussicht auf Belohnung ermuntert nur Schufte zur Ablieferung von Waffen.
- Die Führer von „Oberland“ treten jederzeit für diese Punkte ein und verpflichten sich ehrenwörtlich von diesen Grundlinien nie abzuweichen, sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu verwirklichen. Treu bis in den Tod.
- Jedes Mitglied der Reichsfahne „Oberland“ versichert ehrenwörtlich:
 - der Reichsfahne „Oberland“ Mannestreu zu haften bis in den Tod
 - unbedingten Gehorsam allen Führern der Reichsfahne zu halten
 - für die Gedanken des „Oberlands“ zu werben und alle entschlossenen Männer, die an Deutschlands Zukunft glauben zu sammeln und zum Eintritt in die Reichsfahne „Oberland“ zu veranlassen.

8. Verräter und Wortbrüchige verfallen der Fahne



(Das durch das vorstehende Entzern zu löschende Band ist im Original schwarz gezeichnet. Wir haben das Rot durchschwarz angedeutet.)

Der harmlose „Stahlhelm“.

Der „Stahlhelm“, die berühmteste Vereinigung sogenannter „Frontsoldaten“, deren Mitglieder zum großen Teil jedoch niemals eine Front zu sehen bekommen haben, betritt bekanntlich, in

irgendwelchem Zusammenhange mit der Konterrevolution zu stehen. Noch am 26. August hatte der Gauvorsitzende von Halle, Hauptmann Werner, in einem Schreiben an das hallische Gewerkschaftsamt behauptet, der „Stahlhelm“ erblicke im Zusammenschluß aller Volksschichten sein höchstes Ziel, und ein provokatives Auftreten liege ihm völlig fern.

Welchen Charakter der „Stahlhelm“ aber in Wirklichkeit trägt, beweist sein durch die hallische Arbeiterschaft veranlaßter provokatorischer Versuch, am Sonntag, dem 28. August, mit militärischem Gepränge und schwarzweissen Fahnen durch die Stadt zu ziehen. Ein Bericht über eine Mitgliederversammlung des „Stahlhelm“, der in dem völkisch-nationalen Stimmblatt Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland am 29. September erschien, kennzeichnet den „Stahlhelm“ noch weiter. Der oben genannte Hauptmann Werner, der im Zusammenschluß aller Volksschichten sein höchstes Ziel erblickt, begrüßte in dieser Versammlung als Referenten einen Oberfeuerwehrmann Rissen-Berlin, der in seiner vorgetragen Rede die Revolution in Grund und Boden verdammt. „Nun,“ so verliert der Berichterstatter, „brandmarke die Revolutionsmariner, die nie Seelust geknappt haben.“ Nach einem Loblied auf den „herrlichen, kriegerischen Geist“, der besonders in der deutschen Flotte geherrscht habe, führte er weiter aus: „Wenn heute jemand an den Pranger gestellt werden soll, so sollten es in erster Linie die Deserteure und Hochverräter des November 1918 sein. Unbeachtet blieb 1918 das Treiben der Liebkecht und Genossen in Berlin.“ Der Redner feierte dann noch die Fahre von Scapa Flow als eine Heldentat und sehnte den alten Militarismus wieder herbei, der uns heute so nötig sei. Der Vorsitzende, so schließt der Bericht, sprach dem Oberfeuerwehrmann Rissen für seine vorzüglichen Worte den Dank der Stahlhelmlente aus.

Deutschland kann der Charakter einer Vereinigung wohl kaum gekennzeichnet werden. Der „Stahlhelm“ wird nun wohl nicht mehr abstreten wollen, daß er die Revolution bekämpft und die alten Zustände wieder herzustellen trachtet. Das ist konterrevolutionär, und es ist interessant, festzustellen, daß sich das völkisch-nationale Organ in Halle, die Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland, des „Stahlhelms“ mit größter Liebe annimmt. — Und mit diesen Leuten wollen die Rechtssozialisten gemeinsame Sache machen! Mögen die Volksparteiler tausendmal erklären, sie stellen sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, so soll man ihnen sagen: „Sage mir, mit wem du umgehst.“ Aber es wird auch höchste Zeit, daß der „Stahlhelm“ ebenso wie die welsch-erwandigen andern Organisationsformen der Widschläche verschwinden.

Frankreich für Verständigung mit einem demokratischen Deutschland.

In der Völkerverbundversammlung zu Genf hielt der französische Delegierte Roblesmaire eine große Rede über die Abbrüstungsfrage, die sich zu einer Auseinandersetzung des Verhältnisses Frankreich zu Deutschland gestaltete. Der Redner legte dar, daß sich die Stellung Frankreichs zum Abbrüstungsproblem im letzten Jahr nicht geändert habe und bezeichnete als Voraussetzung für eine spätere Abbrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abbrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts. Das Abbrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden und zwar an dem Verhältnis Deutschland und Frankreich.

Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Roblesmaire, daß er mit Vorlicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem anfaßen wolle. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor dem Tode im Felde als letztes Wort „Es lebe Frankreich!“ ausgerufen hat, sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Rufe aus den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland.“ Warum, so rief Roblesmaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Heiden — und ich sage das Wort „Heiden“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, die Ausschreitungen, deren Söhne wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen — warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teils der Welt birgt, zu ermöglichen und es in Bälde zu ermöglichen? Roblesmaire glaubt, daß dieses Ziel zu verwirklichen ist, wenn Frankreich die notwendigen Wieder- und lokale Ausführung des Friedensvertrags, die die wesentliche Grundlage des Völkerverbundes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherungen sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abbrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Wüthungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Roblesmaire die Forderung moralischer Abbrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abbrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie sieht es mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abbrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat oder aber wir wissen zu gut, daß sie noch auf starken Widerständen stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankens gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie, und da können wir uns untrübe Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenhängt, gewiß und voll erst am dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbestritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerverbundes selbst sind. Aber aber will bestritten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolge dessen mit Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, so führte Roblesmaire weiter aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Grauel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerverbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Roblesmaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerverbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“

Die Rede wurde von vielem Beifallstundgebungen unterbrochen. Zum Schluß begrüßten die zahlreichen Delegierten den Redner.

Nischer, England gab zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die feindlichen Gefühle nicht nur auf der einen Seite des Rheins. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Gegenseite etwas vergessen haben. — Symas-Belgien sah in der Hebernis Stimmung Englands und Frankreichs ein bedauerliches Ereignis, über welches auch die in der Versammlung vertretenen kleinen

Staaten größte Genugtuung empfinden. — Lord Robert Cecil, der die Debatte beschloß, bezeichnete die Rede Noblemaitres als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden, damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, falls es aber für unrichtig, wenn man nicht auf gewisse Verständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstückt werden können. Er hoffte, daß Noblemaitres Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten, muß der Völkerverbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsvolle Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.

Paris, 4. Oktober. (U.) Die Schweizer Depeschengenerale verbreiten eine Meldung zur Rede des französischen Delegierten Noblemaitres über die Abrüstungsfrage, in der der außerordentlich starke Eindruck festgesetzt wird, den die Rede unter den Mitgliedern des Völkerverbundes hervorgerufen habe. Von französischer Seite wird berichtet, daß der Text der Rede Noblemaitres im Einverständnis mit der französischen Regierung festgelegt worden sei. Die Rede stellt sich somit als eine Ausrufung der französischen Regierung und als Ausdruck ihres Willens dar, mit dem demokratischen Deutschland zu einem friedlichen Einverständnis zu gelangen.

Schreiendes Elend!

Die Not der Invalidenrentner.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands (Berlin N. 58, Raumerstraße 34) hat an die Reichsregierung und an die Allgemeinheit folgenden Hilferuf gerichtet:

„Die Arbeitslosen, Invaliden und Altersrentner, Unfallverletzten, Armenunterstützungsempfänger, Geburtenhülfe und ihre Angehörigen sind durch die neue Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel in einen Zustand der Verelendung gebracht, der nicht mehr übertrieben werden kann. Körperlich im harten Ringen erschöpft, dauernd schwer leidend, zum großen Teil völlig arbeitsunfähig, sehen Unzulängliche vor dem Nichts, sie sind außerstande, die nötigen Mittel zur Beschaffung von Brot, Kartoffeln, Kohlen, Kleidung usw. anzuschaffen.“

An Renten inkl. Beihilfen und Zulagen erhalten:
1 300 000 Invaliden und Altersrentner im Durchschnitt pro Tag zirka 2.00 Mk.,

1 200 000 Waisen pro Tag zirka 1.10 Mk.,

500 000 Unfallverletzte im Durchschnitt pro Tag zirka 1 Mk.

Reichsmittel werden außerhalb dieser festgesetzten Renten als ergänzende Hilferichtungen nicht gegeben. Auf dem Wege der Armenfürsorge sollen die Gemeinden helfen, und hier werden Unterhaltungen gewährt, die unter Anrechnung der Renten durchschnittlich 150 Mk. pro Monat im Reiche nicht übersteigen.

Erwerbslosenunterstützungen sind den Invalidenrentnern usw. reichsweitlich verweigert, da diese Kreise als nicht mehr auf dem freien Arbeitsmarkt vermögensfähig betrachtet werden. Derweil sieht man die noch zum Teil arbeitsfähigen Invaliden, um die wenigsten werden passenden Arbeitsebenen für Erwerbsbeschränkte; die Regelung der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte liegt völlig im armen.

Was sollen alle diese unglücklichen Menschen in dieser entsetzlichen Lebenslage beginnen? Es sind zu einem großen Teil alte Mütter und Väter, Arbeitsebenen, die ihr ganzes Leben lang in harter Arbeit gestanden haben, es sind Volksgenossen im besten Lebensalter, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit verunglückt, beschädigt oder durch langdauernde Krankheiten körperlich sehr geschwächt sind, es sind Familien, denen der Ernährer, durch Unfallfälle oder Krankheiten, entzogen wurde. In der schweren körperlichen Not all dieser Menschen ist die schlimmste wirtschaftliche Not hinzuzutreten. Kraft- und wehrlos liegen sie am Boden und sind auf die Hilfsmittel des Reiches, der Gemeinden und auch der Familien angewiesen.

Wir appellieren an Menschlichkeit und Gewissen und rufen im Namen dieser Verdenden und Schwachen, als Vertreter ihrer Einzelsozialorganisation ganz Deutschlands, die Reichsregierung, die Parlamente und alle sozialfürsorgenden Volksgenossen auf, unverzüglich dem Untergang vieler Hunderttausender entgegenzuwirken. Der Winter ist im Anzuge, alle Worte der Sympathie und des Wohlwollens nützen diesen Hilflosen nichts, es muß sofort gehandelt werden. Deshalb ersuchen wir die Reichsregierung, die Wünsche und Forderungen dieser Kreise, der allerärmsten unseres Volkes entgegenzunehmen und über sofort einzuleitende Hilfsmittelmaßnahmen: anzureichende Rentenerhöhung, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte, Verbesserung der ergänzenden Fürsorge, Bildung eines Reichsausgleichs für Invaliden usw. mit uns zu verhandeln. Wir sehen, wie auf der einen Seite von Teilen unseres Volkes Milliardengewinne erzielt werden, ein unerbittlicher Luxus sich breit macht, wie eine Ueberfülle von Genüssen und Vergnügungen vorhanden ist, wie geschlemmt und gepörscht wird, und wie können nicht einsehen, weshalb auf der andern Seite große Teile unseres Volkes unzulänglich auf die elendeste Weise dahinsinken und zugrunde gehen sollen.“

Invaliden und Unfallrentner müssen weiter hungern.

Am Donnerstagabend tagte der Soziale Ausschuss des Reichstages, um die Anträge der Kommunisten betreffend Disziplinierung gegenüber den Oppauer Opfern und die Anträge unserer Partei auf Erhöhung der Unfall- und Invalidenrenten zu beraten. Unsere Genossen verlangten, daß in der Invalidenversicherung die Zuschläge von 70 auf 300 Mk. monatlich erhöht, in der Unfallversicherung 25 bis 200 Mk. mehr gegeben werden sollen, entsprechend dem Grade der Erwerbsbeschränkung. Genosse K a r t z e n begründete die Anträge der USV. Die Rentenerhöhung sei dringend notwendig. Im Plenum hätten alle Parteien die Ueberweisung der Anträge an den Ausschuss beschlossen, damit seien berechtigte Hoffnungen gemacht, die noch geklärt seien durch die Reden im Plenum. Von einer proportionalen Erhöhung müsse abgesehen werden, da dadurch die Ungerechtigkeiten nur noch größer werden. Hunderttausende Sozialrentner sind dem langsame Hungerstich preisgegeben. Die Verantwortung für einen solchen Zustand könne niemand tragen. Die Vertreter der SPD. und KPD. traten den Ausführungen des Genossen Kartzen bei. Die bürgerlichen Redner, allen voran der christliche Arbeitersekretär A n d r é, wollten nichts davon wissen. Der Arbeitsminister zeigte sich wieder als ein durchaus reaktionärer Sozialpolitiker. Ueber die Not der Sozialrentner ging er mit der Randbemerkung hinweg, daß die Rentner ja nicht nur auf die Rente angewiesen seien. Im Kabinett würde zur Zeit über Gesehensbedingungen beraten und er wolle die Beratungen so beschleunigen, daß Ende Oktober die Vorlage an den Reichstag käme. Genosse K a r t z e n verlangte demgegenüber sofortige Hilfe. Wenn keine monatlichen Zulagen gegeben werden sollten im Hinblick auf die kommende Reform, so sollten wenigstens einmalige Beihilfen gegeben werden, etwa in Höhe von 300 bis 1000 Mk. Die bürgerlichen Parteien machen in der Öffentlichkeit stets nur große Versprechungen, in der Praxis aber lehnen sie alle soziale Hilfe ab. Die Abstimmung ergab die Ablehnung aller Anträge und die Vertagung der Bege bis zum späteren Wiederzusammentritt des Reichstages.

Die Invaliden müssen also weiter hungern, weil die Kapitalvertreter für sie nur Worte haben, aber keine Mittel bewilligen wollen.

Demokratisierung der Kriegsbeschädigten in Berlin.

Berlin, 3. Oktober. (T. U.) Am Sonntagvormittag bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationzug Kriegsbeschädigter durch

die Straßen Berlins. An der Spitze wurden in Kostümliedern Schwerkriegsbeschädigte gefahren. Eine große Anzahl rote Fahnen und Plakate mit Aufschriften, wie: „Wir bitten nicht, wir fordern!“, „Nieder mit dem Kriege!“, „Für 100 000 Mann Reichswehr fünf Milliarden, für eine Million Kriegsbeschädigter 3 1/2 Milliarden!“ wurden in dem Zuge mitgeführt. Der Vorbeimarsch dauerte eine halbe Stunde.

Entscheidung über Oberschlesien Ende der Woche?

Genf, 3. Oktober. Wie man von gut unterrichteter Seite versichert, wird der Völkerverbund seine Entscheidung in der ober-schlesischen Frage am Sonnabend, spätestens am Sonntag bekanntgeben.

Kattowik, 4. Oktober. (U.) Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober durch Vermittlung des Generalsekretärs des Völkerverbunds in Genf ihre nach Genf berufenen Vertreter Ehrhard, Franz und Grisele ersuchen lassen, den Völkerverbundrat um Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung sei die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabwiesbar notwendig. Diese genaue Prüfung sei auch nicht durch die mündliche Vernehmung der Vertretungsmänner der deutschen Gewerkschaften in Genf auszuführen.

Zusammenstoß zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilisten.

Kugoburg, 3. Oktober. (U. U.) Sonntag, nachts gegen 12 Uhr, kam es an der Ecke der Kaiserstraße und Kapuzinergasse zwischen Zivilpersonen und Reichswehrangehörigen aus bis jetzt un- aufklärter Ursache zu Tötlichkeiten, in deren Verlauf zwei Zivil- personen und drei Reichswehrangehörige durch Missetat erheblich verletzt wurden. Einer der Verletzten, ein Hilfsmonteur, ist nach Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen er- legen. In der Neuburger Straße wurde ein Reichswehrsoldat von dem Händler Joseph Brandel durch Stich in die rechte Brust- seite schwer verletzt. Brandel wurde verhaftet.

Die Völkerverbinderkonferenz und die Lage in Westungarn.

Paris, 2. Oktober. Die Völkerverbinderkonferenz ist heute morgen unter dem Vorsitz des italienischen Völkerverbinders zu einer Sitzung zusammengesetzt. Den Gegenstand der Beratung bildete ein Vorschlag der italienischen Regierung, die Kabinette in Wien und Budapest aufzufordern, nach Rom Bevollmächtigte zu entsenden, um dort unter den Auspizien des italienischen Ministers des Aeußeren direkte Einigungsverhandlungen über die Frage der westlichen Komitate einzuleiten. Die Völkerverbinderkonferenz hat diesen Vorschlag angenommen und beschlossen, in Oesterreich und Ungarn entsprechende Schritte zu unternehmen.

Lebenburg, 3. Oktober. Nach einer Meldung des ungarischen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus ist heute nachmittag das auf die Uebergabe Westungarns bezügliche Protokoll von dem ungarischen Vertreter, dem General Hegedüs, unterzeichnet worden. Damit sei auch das letzte Hindernis einer zwischen Oesterreich und Ungarn durch Vermittlung der italienischen und der tschechoslowakischen Regierung abzuklarenden Vereinbarung gefallen.

Noch keine Zustimmung Englands.

Paris, 4. Oktober. Eine amtliche Mitteilung besagt: Der von der Völkerverbinderkonferenz am Sonntag gefasste Beschluß, die italienische Regierung zu beauftragen, mit Vertretern Oesterreichs und Ungarns über die Burgenlandsfrage zu verhandeln, kann nicht als endgültig angesehen werden. Die englische Regierung hat ihre Zustimmung zu dem italienischen Abkommen noch nicht gegeben.

Der Putsch Stefan Friedrichs.

Wien, 1. Oktober. (U.) Nach einer Budapest Meldung der Neuen Freien Presse stellt der Putsch Stefan Friedrichs in Westungarn sich als eine Aktion der dem König Karl nahestehenden legitimistischen Partei dar. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Budapest Regierung, zumindest einzelne Mitglieder des Kabinetts, dem Putsch nicht fernstehen. Für Stefan Friedrichs handelt es sich im Zusammenhang damit auch darum, den Reichs- verweser Horst zu stürzen. Die ungarische Zensur verhindert die Budapest Presse, irgendwelche Mitteilungen über den Putsch zu bringen.

Das Wiener Telegr.-Korr.-Bureau teilt zur Wandbewegung im Burgenlande mit: Die Wandbewegungen sind größtenteils Gesellen, aus den angrenzenden Nationalstaaten gesicherte Magyaren und Zigeuner. In letzter Zeit werden auch Landes- bewohner zur Dienstleistung gezwungen. Die Wandführer sind zum Teil Alerceoffiziere. Die größtenteils in Zivil gekleideten Banden sind wie die nationale ungarische Armee ausgerüstet und reichlich bewaffnet. Es ist kein Zweifel, daß die Bewaffnung und Ausrüstung der Banden und der Nachschub an Kriegsmaterial durch Ungarn erfolgt. Die Banden sind über das ganze burgen- ländische Gebiet verteilt. Eine Verbindung der Banden mit der ungarischen Nationalarmee, mit der Gendarmerie (Ostburg), mit dem Verein der Begleitigen (Friedrich) und dem Verein der erwachsenen Ungarn ist festgesetzt.

Der sozialistische Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, 2. Oktober. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Sozial- demokraten haben 640 000 Stimmen und 93 Mandate (früher 76) erhalten, die Konservativen 454 000 Stimmen und 62 Mandate (früher 71), die Liberalen 332 000 Stimmen und 41 Mandate (früher 48), der Bauernbund 185 000 Stimmen und 21 Mandate (früher 20), die Linksozialisten und Kommunisten zusammen 127 000 Stimmen, die Linksozialisten 6 Mandate (früher 5) und die Kommunisten 7 Mandate (früher 2). Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen 24 Mandate an die sozialistischen und kommunistischen Parteien verloren.

Eine Protestwahl in Paris.

U. Paris, 4. Oktober. (Berl. Tagebl.) Bei der Wahl für den Gemeinderat im 20. Arrondissement von Paris wurde der Schachtmeister M a r t i n (Kommunist) mit 4574 gegen 1044 Stimmen gewählt. Martz war wegen der Beteiligung an der Meuterei bei der Schwarzen-Neer-Flotte durch den Spruch des Militär- gerichts beurlaubt und zu 15 Jahren Gefängnis mit dem Verbot aller bürgerlichen Rechte verurteilt worden, weshalb wahr- scheinlich seine Wahl nicht bestätigt werden wird. Der Seineprä- sident wird beantragen, die Wahl zu annullieren. Die Sozial- listen aller Grade sind dagegen entschlossen, die Wahl Martins und seine Befreiung aus dem Gefängnis in Clair- vaux durchzusetzen.

Nitti warnt Amerika.

Rom, 3. Oktober. (U.) In der United Press warnt Nitti Amerika davon, den Verbündeten weitere Kredite zu geben, da alle, mit Ausnahme Großbritanniens, zerfallene Finanzen hätten und die Reparationen als Garantien ungeeignet seien, um so mehr, als Deutschland selbst weiter keine Kredite im Auslande aufnehmen könne.

Paris, 4. Oktober. Nach der Meldung einer Nachrichten- agentur aus Washington wird die Nachricht bestätigt, daß die amerikanische Regierung die Möglichkeit einer Erörterung der Frage der interalliierten Kriegsschulden auf der Entwaffnungs- konferenz nicht ins Auge gefaßt habe.

Der erste Kongreß des Afa-Bundes.

Der erste Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes wurde am 2. Oktober in den Räumen der Gesellschaft Verein zu Düsseldorf eröffnet. Neben den Delegierten der angeschlossenen An- gestellten-Organisationen sind zahlreiche Gäste, darunter Vertreter des Reichsanwalts, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichs- wirtschaftsministeriums, der preussischen Regierung, sowie der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Deutschen Demokratischen Partei, Johann des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und verschiedener diesem an- geschlossenen Organisationen (Metallarbeiter, Bergarbeiter, Trans- portarbeiter, Maschinisten, Gemeinde- und Staatsarbeiter) sowie des Deutschen Beamtenbundes erschienen.

Der Vorsitzende des Afa-Bundes, Kollege Aufhäuser, begrüßte die Erschienenen, indem er insbesondere die Bedeutung der Tatsache hervorhob, daß auf diesem Angestelltenkongreß auch die Arbeiter und Beamten durch Gäste vertreten sind. Aufhäuser sagte, die gegenwärtigen Lohnbewegungen der Angestellten sind nicht bloße Tageskämpfe, sondern bilden einen Anknüpfungspunkt für die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Von diesen Tageskämpfen aus führen wir den Kampf zur Ueberwin- dung der kapitalistischen Wirtschaft. Diesen Kämpfen stehen große Ueberstände entgegen, denn hinter dem Unternehmertum machen sich starke politische Kräfte gegen die Angestellten bemerkbar, die vorrevolutionäre Zustände wieder herbeiführen wollen. Im Deutschen Reiche ist wie in keinem andern Lande die Gesetzgebung bemüht gewesen, eine künstliche Trennung zwischen den An- gestellten und den Arbeitern herbeizuführen. Diese Teilung der sozialen Gesetzgebung war kein Zufall, sondern ist bewußt herbei- geführt worden, um insbesondere die Angestellten als Buffer zwischen den Unternehmern und den Arbeitern benutzen zu können. Unsere Aufklärungsarbeit ist nicht ohne Erfolg gewesen. Denn wir müssen im Afa-Bund bereits über 700 000 Anhänger. Wir führen den Kampf für unsere wirtschaftlichen Interessen gemein- sam mit den Arbeitergewerkschaften, die ihre Spitze im Allge- meinen deutschen Gewerkschaftsbund haben. Wir hoffen auch, daß unsere Beziehungen zum Deutschen Beamtenbund immer enger werden, bis schließlich der Beamtenbund als dritte frei- gewerkschaftliche Säule neben den Spitzenorganisationen der An- gestellten und der Arbeiter gemeinsam mit uns wirkt. (Veheshafter Beifall.)

Kollege Klingner begrüßte den Kongreß als Vertreter des Deutschen Werkmesserverbandes, der in Düsseldorf seinen Sitz hat. Klingner gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Kongreß in Düsseldorf stattfindet. Er sprach den Wunsch aus, daß die bisher noch isolierten Fäden, die die Afa-Organisationen umschlossen, zu einem festen, starken Band durch die bevorstehenden Kongreß- beschlüsse vereinigt werden. (Anhaltender Beifall.)

Danach folgten die Begrüßungsansprachen der Gäste, von denen namentlich die Reden der Vertreter der österreichischen frei- gewerkschaftlichen Angestellten, des Allgemeinen Deutschen Ge- werkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes lebhaft applaudiert wurden.

In der Nachmittagspause sprach Professor Dr. Sinz- heimer-Frankfurt a. M. über: Die Fortbildung des Arbeits- rechts, der seine Ausführungen in folgende Weise zusammen- gefaßt hatte:

„Die moderne Arbeiterbewegung ist heute eine Bewegung aller Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge). Sie drängt nach gleichberechtigter Mitwirkung bei der Regelung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Die beson- deren Interessen der abhängigen Arbeit sind damit in den Mittel- punkt der Gesetzgebung getreten. Diesen Tendenzen entspricht die Forderung nach einem einheitlichen, autonomen und sozialen Arbeitsrecht.“

Das einheitliche Arbeitsrecht hat einen doppelten Sinn. An die Stelle der geschichtlich zufälligen Sonderregelungen für einzelne Arbeitnehmergruppen soll für die gemeinsamen Inter- essen aller Arbeitnehmer ein allgemeines Arbeitsrecht mit ein- heitlichen Grundgedanken in einheitlichem Aufbau treten, das aber Sondervorschriften nicht ausschließt, wenn innere Gründe sie er- forderlich machen. An die Stelle des zerstückelten Behörden- wesens sollen einheitliche Arbeitsbehörden treten, in denen ab- teilungswise alle auf das Arbeitswesen sich beziehenden öffent- lichen Funktionen vereinigt sind.

Das autonome Arbeitsrecht soll den Gedanken verwirk- lichen, daß innerhalb der allgemeinen staatlichen Gesetzgebung in erster Linie die freiesten Arbeitnehmer und Arbeitgeber dazu be- rufen sind, selbstständig das Arbeitsrecht zu schaffen. Die beiden Formen für diese Selbsttätigkeit sind die Tarifautonomie und Räteautonomie. Die Träger der Tarifautonomie können nur selbständige und unabhängige Gewerkschaften sein. Als Träger der Räteautonomie sind die Betriebsratsräte und der Reichs- wirtschaftsrat heranzuziehen, die dadurch für das Arbeitsrecht ein selbständiges Leben gewinnen können, daß ihnen der Staat Vorkompetenz überweist, die seither staatlichen Zentral- behörden zustand.

Der soziale Gedanke im Arbeitsrecht beruht auf der An- schauung, daß die Arbeit nicht nur privaten, sondern auch sozia- len Charakter hat, und daß das gesellschaftliche Interesse den besondern Schutz der Arbeit erfordert. Die Gewerkschaft muß in fortschreitendem Maße in allen arbeitsrechtlichen Beziehungen diesen Gedanken verwirklichen. Hierbei sind alle Versuche abzu- weisen, die, wie die Kapital- und Gewinnbildung der Arbeit- nehmer in den einzelnen Betrieben, die Entwicklung des sozialen Gedankens nicht fördern, sondern hemmen. Das Ziel ist die in ihren Lebensinteressen gestärkte Arbeit in organisierter Gesam- twirtschaft.“

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunfall in Hamburg. Hamburg, 3. Oktober. Heute nachmittag kurz auf dem Bahn- hof Sternschanze ein in Richtung Ohlsdorf kommender Zug auf einen eben nach Altona abzufahrenden Vorortzug auf. Vier Personen wurden leicht verletzt, der Materialschaden ist bedeutend.

Sechs Personen bei einem Flugzeugabsturz getötet. London, 4. Oktober. Ein großes Flugzeug ist heute über dem Flughafen von Menston in Brand geraten und abgestürzt. Zwei Piloten und vier Mechaniker wurden getötet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bitter, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der beste Schuhputz ist

Urbin

Millionenfach verbraucht man ihn

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urbin & Lemm, Charlottenburg.

Fabriklager Zeitigehaus Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Voreingangszeit entliehen werden. Kaufanforderungen müssen gegen Einreichung des Verbandsschecks innerhalb drei Tagen erfolgen.

Elektromonteur. Freitag, den 7. Oktober, abends 6 Uhr, Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensleute im Volkshaus.

Bauschlosser-Lehrlinge u. Eltern. Am Donnerstag, dem 6. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Gesellschaftssaal des Volkshauses eine **Versammlung** statt, in welcher die Eltern zu den Lehrlingsforderungen Stellung nehmen sollen. Erscheinen aller Eltern ist Pflicht. Die Lehrlingskommission der Bauschlosser.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Das Hohe Cder Hausfrau



Gros Pflanzenbutter MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Vertretung u. Fabriklager: **Alfred Neubauer**
Leipzig, Gabelsbergerstrasse 1 — Telefon No. 5587.



Trotz steter Preissteigerung

infolge frühzeitiger Einkäufe
für meine Qualitätswaren
niedrige Preise

Paul Böhme Petersstr. 4-6
Herz-Ecke

Skatspieler finden ab 2 Uhr Anschluss.
W. Schäfer, Berliner Str. 26.

Runkelrüben

offert in Ladungen und einzelnen Posten
Oscar Winkler
Reichenhainer Straße 18 b. Telefon 19 929.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Fleischhadmaschinen

in 3 verschiedenen Größen, Preis 32.— bis 42.— M., nur solange Vorrat.

Verkauf einzeln und partieweise!
Georg Albrecht, Centralstraße 5 Telefon 12 556.

Leutzscher Lichtspiele

Vater Jahn Lindenaue Str. 34/36 Vater Jahn
Dienstag, den 4. Oktober, bis Donnerstag, den 6. Oktober
Schrecken der roten Mühle
Spannendes Sensat.-Drama in 6 Akten.
Präriestürme. Verw. Wildw.-Drama 1.4 Akt.
Ferner: Die Oppauer Riesenexplosions-Katastrophe und der beliebte Charakter-Humorist Arthur Deitzsch.
Anfang 6 Uhr abends.

Licht-U.T. Spiel

Nur noch 2 Tage
11 Akte Grosses Doppel-Programm 11 Akte
Die Abenteuer der schönen Dorette
Ein Sitten-Groß-Film aus galanter Zeit in 6 Akten nach dem Roman **Madame Dorotto** von **Rudolf Hans Bartsch** mit **Heila Moja** u. **Paul Hartmann**

Der Todessmaragd

oder: **Durch Liebe goopert**
Eine hochdramat. Liebesgeschichte in 5 Akten mit **Ernst Hoffmann** **Margit Bahrad.**
Heute Anfang 3 Uhr.

Vor-Anzeige! Ab Donnerstag!
Der Silberkönig III. Teil
„Claim 36“ mit **Bruno Kasner** u. **Hanni Reinwald.**

Ferner:
„Drei Nächte“
Sittenfilm mit **Reinhold Schünzel** **Otto Gebühr.**

Einlaß 3¹/₂ Uhr Anfang 4 Uhr
Herzen der Stadt



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf**

Frauendank 1914 :: Abteilung Möbelfürsorge

hat am 1. Oktober 1921 seine Tätigkeit eingestellt. Die Weiterführung der Geschäfte in dem gleichen Sinne ist mit Zustimmung von Rat und Stadtverordneten durch die **Gemeinnützige Deutsche Hausratwerke, G. m. b. H., Abt. Sachsen** übernommen. Alle Zahlungen, die bisher an den Frauendank 1914, Abteilung Möbelfürsorge, zu leisten waren, sind von jetzt ab an die „Gemeinnützige Deutsche Hausratwerke, G. m. b. H., Abt. Sachsen“, unter der gleichen Postschecknummer 67913 zu richten.

Gemeinnützige Deutsche Hausratwerke, G. m. b. H. Abteilung Sachsen

Möbel-Ausstellung in der Meßhalle am Fleischerplatz
Eröffnung der Ausstellung Dienstag, den 4. Oktober 1921, mittags 1 Uhr.

Es sind ausgestellt:
Küchen, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Hausgerät.
Die Ausstellung ist geöffnet von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

Parole: Nur das Gute bricht sich Bahn!

Heute: Der Original-Amerikaner

Im Angesicht des Todes

Kriminal-Sensation in 5 gewaltigen Akten.
Als zweite Attraktion der fabelhafte Monumentalfilm

Feindliches Blut!

Ergreifendes Drama in 6 Akten.
Dazu täglich 7 Uhr und 9¹/₂ Uhr:

Vorführung d. Riesenexplosions-Katastrophe von Oppau!

Musikalische Leitung: Kapellmeister G. Brendel.
Nur zeitiges Kommen sichert gute Plätze!

Filmpalast.

Das grosse Doppel-Programm.
Der grosse Sensations-Film
30 Tage auf dem Meeresgrund

oder: **Die Frau im Delphin**
5 gewaltige Akte mit der dänischen Artistin

Emilie Sannom (Panopta).

Ferner: Der große Sittenfilm

Sebewelt

Ab Freitag:
Eine Überraschung f. G.-West

U.T. L. Cornewitz

Pegauer Straße 12a, am Kreuz.
Größtes und vornehmstes Theater des Südens
Nur das Gute bricht sich Bahn!
Ab heute bis inkl. Donnerstag!

Goliath Armstrong

V. Teil:
Den Tod im Nacken

6 Akte
Der große amerikanische Original-Riesen-Sensationsfilm von dem ganz Leipzig spricht. Der 6. Teil übertrifft alles bisher Gebotene.

Außerdem das glänzende Lustspiel in 3 Akten

Der Herr Impresario

mit **Leo Peukert** in der Hauptrolle

Beginn Punkt 6 und 8.15 Uhr.
Dezente Musik.

Voranzeige! Ab Freitag, den 7. bis 10. Oktober
Henny Porten in Geler Wally.



Nur 3 Tage!

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with 10 columns: Barometer, Wind, Lufttemperatur, Wolken, Regen, Schneefall, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperaturerextreme. Includes data for Oct 1, 2, 3, 4 and a summary for Oct 1-4.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Oktober.

Parteilangelegenheiten.

USP-Delegierte zum sächsischen Gemeindegtag in Chemnitz.

Die Genossen der USP., die am 7. und 8. Oktober als Delegierte am Gemeindegtag in Chemnitz teilnehmen, werden für Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, zu einer Besprechung...

nach dem Gasthof zur Linde, Borsenplatz, Chemnitz, Königsplatz, eingeladen. Die Teilnahme sämtlicher USP-Delegierter an dieser Besprechung ist erwünscht. Ausweis und Mitgliedsbuch der USP. sind vorzulegen.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Funktionärsitzung im Goldenen Ring, Glockenstraße 4. Richterbrautes Material wieder mitbringen.

Ostbezirk. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Vertrauensmännerversammlung im Bibliothekszimmer. Material von der Werbewoche ist mit abzuliefern.

Frauenbau. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Börse: Frauen-Diskussionsabend.

Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf-Baasdorf. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, Frauenausschuss im Lindengarten zu Engelsdorf.

Ortsverein L. Magwitz-Lind.-Schl. Die Funktionäre müssen bis Mittwoch, den 3. Oktober, fertiges Agitationsmaterial von der Werbewoche in Büro und in den beiden Häusern abliefern.

Magwitz-Lindenu. Kinderspiele finden jeden Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in der Schultheißen-Luette in Lindenu, Kühner Straße 14, statt. Für Mittwoch, den 12. Oktober, ist ein Besuch des Puppentheaters geplant.

Leiterinnen der Kinderspiele treffen sich Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim.

Kurse des Gewerkschaftskartells. Der Kursus I: Das gewerkschaftliche Arbeiterrecht (Arbeitersekretär Thieme) beginnt Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Gartenlaal.

Betriebsräte, Arbeiterräte, Angestelltenräte und Obmänner der Gruppe IX (Lebensmittelindustrie). Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Gruppenvorversammlung im Volkshaus, Café links. Tagesordnung: Der § 71 des Betriebsrätegesetzes.

Mehr Schutz den unehelichen Säuglingen!

Erschreckend groß ist in Leipzig die Sterblichkeitsziffer der unehelichen Kinder unter einem Jahre. Nachstehende Zahlen des Statistischen Amtes der letzten vier Wochen geben darüber Aufschluß: In der Woche vom 28. August bis 3. September gab es 170 Lebendgeburten, darunter waren 36 unehelich. Es starben in dieser Woche 32 Kinder unter einem Jahre; darunter waren 13 unehelich. In der Woche vom 4. bis 10. September waren an Lebendgeburten 129 zu verzeichnen. Darunter waren 32 unehelich. Es starben 47 Kinder unter einem Jahre, von denen 17 unehelich waren. In der Woche vom 11. bis 17. September gab es 175 Lebendgeburten; darunter waren 44 unehelich. Es starben 34 Säuglinge, von denen 12 unehelich waren. In der Woche vom 18. bis 24. September waren 184 Lebendgeburten zu verzeichnen, darunter waren 41 unehelich. Es starben 21 Säuglinge, unter denen 18 unehelich waren. Diese Zahlen geben zu denken. Während bei den Geburten die unehelichen ein Viertel bis ein Fünftel betragen, ist bei den Sterbefällen das Verhältnis ungünstiger. In der letzten Woche starben fast soviel uneheliche Kinder wie eheliche. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind traurig. Die unehelichen Kinder und Waisenkinder haben unter ihnen besonders zu leiden, so daß die Sterblichkeitsziffer steigt. Schuld daran ist hauptsächlich die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die die armen Säuglinge in Mordtötung, Schuld für der Mischwucher, die allgemeine Profitgier der Besitzenden. Während diese im Reichtum erkranken und schmelzen, geht die arme Bevölkerung zugrunde.

Vom Geist der neuen Schule.

Um den Unterschied zwischen ihr und der alten Lern- und Drillschule unsern Eltern augenfällig zu machen, bringen wir hier in bunter Reihe einige Tatsachen aus den von Lehrern und Eltern gegebenen Berichten der Hamburger Verkehrs- und Gemeinschaftsschulen 1921. Interessant ist vor allem das Verhältnis zur Elternschaft, auf das wir zunächst eingehen wollen. Da heißt es von einer Schule: „Jeder Klassenlehrer veranstaltete mindestens monatlich einen Elternabend für die Eltern der Schüler seiner Klasse... Die häufige Zusammenarbeit brachte Eltern und Lehrer zu intensivem Gedankenaustausch, der bei den Eltern in überraschend kurzer Zeit Verständnis und Billigung des Neuen erzielte... Die Schülerzahl bewegt sich in aufsteigender Linie (bei Eröffnung 576, jetzt 650 Kinder). 17 Gemeinschaftsgruppen werden von Lehrern und Lehrerinnen geführt; eine führt eine unbesoldete freiwillige Mitarbeiterin, die aus der Jugendbewegung hervorgegangen ist. Drei weitere Lehrpersonen sind vorwiegend in den Werkstätten und der Nähstube tätig, unterstützt von Mitarbeitern aus der Elternschaft: 1 Tischler, 1 Zimmerer, 1 Schlosser, 1 Buchbinder, 1 Schneiderin, 1 Weibnäherin und einer wechselnden Anzahl von Müttern... Auch außerhalb der Schulzeit bestehen Arbeitsgemeinschaften zwischen Eltern und Lehrern... Bei allen Veranstaltungen herrscht ein sympathischer Geist freundlichen Zusammenkommens. Es dürfte daher gewagt werden und hat sich dann als segensreiche Einrichtung erwiesen, Eltern und Schüler zur aktiven Teilnahme an den Konferenzen heranzuziehen... Während der Rastferien 1919/20 stellte eine Anzahl Eltern und Lehrer ihre Wohnräume für die Schularbeit zur Verfügung... Aus dem Gefühl intimer Zusammengehörigkeit entstand das Bedürfnis zur Gründung eines Schulvereins, der sich die Aufgabe der wirtschaftlichen Förderung neuer Schuleinrichtungen gesetzt hat und demnächst die Mitgliedszahl von 400 erreichen wird. Eine Elternzeitung, von Lehrern geleitet, allen Eltern kostenlos zugestellt, hält über alle wichtigen Dinge des Schullebens auf dem Laufenden. Die Kosten werden aus freiwilligen Geldgaben der Eltern und Lehrer bestritten. An einer vierjährigen Schule hat ein von Eltern und Lehrern gegründeter Verein (350 Mitglieder) Kinder in bestehenden Heimen, sowie bei Bauern unter-

gebracht. Er verfügt bereits über einen namhaften Betrag als Grundkapital für die Schaffung eines eigenen Ferienheims... Charakteristisch für die Hervorhebung des Positiven statt der Jesuiten, erhöhen das Vertrauen der Elternschaft. Die Gegenberichte, zu denen wir die Eltern anhalten, erschließen sie selbst vielfach erst zu Erziehern und eröffnen einen reaktionären Wettbewerb... Das Schulland mit seinem Spiel- und Babypfad, mit seinen Kaffeekochtöpfen wird Ausflugsziel für die Sonntage... Unsere kleinen selbstgebaute Schullandhütten sind vielleicht der Anfang des eigenen großen Schulheims... Die gemeinsame Arbeit und die gemeinsame Freude (Schulfest) sind die Veranlassung zu einer ganz neuartigen Verbindung zwischen Eltern und Schule... Das Ergebnis dieser Entwicklung kann die sogenannte Eigenwirtschaft der Schule sein. Wir stehen aber davon ab, dies als Programm hinzustellen. Wir gehen Schritt für Schritt."

Die Berichte der Hamburger Verkehrs- und Gemeinschaftsschulen 1921 werfen auch warmes Licht auf das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler und auf eine neue Jugend überhaupt: „Ohne äußere Straf- und Zwangsmittel irgendwelcher Art wird gearbeitet; jede äußerlich gestiftete Autorität der Lehrer ist preisgegeben... Schüler, die als notorische Schulschwänzer und schwierige Gesellen bezeichnet worden waren, haben seit ihrer Umstellung durchaus regelmäßig die Schule besucht und sehr bald den Anschluss an ihre neuen Mitschüler in Arbeit und Spiel gefunden. Ein einfach-natürliches Kameradschaftsverhältnis der Geschlechter hat sich entwickelt; Kereien kommen kaum noch vor. Kennenlernen, Ungleichfälle haben sich trotz der großen Bewegungsfreiheit nicht eingestellt. Eltern bekunden dankbare Anerkennung für die durch den Besuch dieser Schule hervorgerufene Besserung des Gesundheitszustands nervöser Kinder... An einer zweiten Schule sind die Verspätungen ohne Strafen auf 1/2 Prozent im Durchschnitt zurückgegangen, und dabei handelt es sich fast nur um kleine Kinder. Es kam vor, daß erkrankte Kinder sich nicht im Hause halten lassen wollten, daß Klassen, nachdem die Schule ausgekehrt hatte, ihre Lehrer solange hatten, bis sie weiter unterrichteten, und zwar in Algebra, Naturwissenschaft und dergleichen. Einige Lehrer haben ihre Klasse auf dringende Bitten der Schüler auch in Ferien unter-

Parteiverammlung

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr im großen Saal des Zoo

Die Regierungsbildung und die U. S. P. D.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Genossinnen und Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch! Der Bezirksvorstand der U. S. P. D. Leipzigs.

richtet... Gelegenliche selbständig geleitete Schülerversammlungen zeigten eine allgemeinstillende Reife der Schülerschaft, die Achtung verlangt... Die Sonderbegabungen erhalten Gelegenheit zu ihrer Entwicklung im Aufwachtum der Oberklassen. In 10 Stunden der Woche verlassen die Kinder des 7. und 8. Schuljahres die Klassengemeinschaft und begeben sich in die selbstgewählten planmäßigen Arbeitsgemeinschaften. Die endgültig getroffene Wahl der Kinder (von den Eltern durch Unterschrift ihr Einverständnis bestätigt) ist stets für ein Halbjahr bindend... Es geht uns nicht um Erholung, um Ferien, sondern um Wesentliches, wenn im Sommer (außerhalb der Ferien) die Gruppenführer mit ihren Gruppen wochenlang aufs Land, in die Ferienhäuser gehen... In einer dritten Schule haben Gäste aus befreundetem und gegnerischem Lager oft geäußert: in ihrer Schule sei der Lärm weit größer, solange der Lehrer nicht anwesend sei; hier stehe es ihnen angenehm auf, wie frei und selbstständig sich die Kinder bewegten; es sei fast kein Unterschied, ob der Lehrer zugegen sei oder nicht... Wir haben keine Beispiele von Selbstmord, Verantwortungsgelühl, Hilfsbereitschaft an den Kindern erlebt... An der vierten Schule könnten viele Fälle erzählt werden, wie eifrig die Kinder selbst über die Innehaltung eines aufgestellten Plans wachen: „Hör mal, heute habe ich eine dringende Besprechung; ihr könnt nach Hause gehen.“ „Nein, dann arbeiten wir allein.“ „Ihr habt frei wegen der Hitze.“ „Danach braucht unsere Schule sich doch nicht zu richten; Sie sagen uns immer so unangenehme Sachen“ usw... Wie offen der Blick unserer Kinder für alle Verhältnisse des Lebens wird, hören wir zu unserer Freude immer wieder, wenn wir mit andern in Berührung kommen... Wir sind überzeugt, daß der Gemeinschaftsschule die Zukunft gehört, und daß eine gesunde Zukunft der Gemeinschaftsschule geradezu bedarf."

Eine öffentliche Sitzung der Stadterordneten findet am Mittwoch, dem 5. Oktober, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Neuregelung der Bezüge der Solomittelglieder der städtischen Theater, über die Wahlzeit der besoldeten Ratmitglieder und über den Nachtrag zur Aufgebotsordnung, über die Gebühren der Desinfektionsanstalt, zur Ordnung der Gebühren für Benutzung einzelner öffentlicher Einrichtungen der Stadt Leipzig, über die Einrichtung eines Amtes für körperliche Erziehung, die Einsetzung eines gemischten Ausschusses usw., über die Vorlage Drucksache Nr. 567/1921, soweit sie die Ausdehnung des Sonderabkommens vom 25. November 1920 auf die gesamte technische Abteilung der Straßenbahn betrifft, über eine Eingabe wegen des Bezirksbahnhofs, über eine Eingabe wegen des Preises für das durch die Stadt im Stadtteil Leipzig-Röders von der Thüringer Gasgesellschaft bezogene Gas.

Ein neuer Kommunistenprozeß. Gestern begannen vor dem Reichsgericht die Verhandlungen gegen 14 Angeklagte, die sich durch Errichtung der Republik in Belgien des Hochverrats schuldig gemacht haben sollten. Wegen Raumengem können wir den Bericht erst morgen abdrucken.

Städtische Gewerbesteuer. Das Stadtsteueramt schreibt uns: Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß durch

das sächsische Gewerbesteuergesetz, das vom Landtag am 27. September 1921 beschlossen worden ist, die Verpflichtung der gewerblichen Unternehmer zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur städtischen Gewerbesteuer in Leipzig auf das Rechnungsjahr 1921 nicht berührt wird. Wie sich aus Nr. 77 der Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung ergibt, sind die Gemeinden berechtigt, eine Gewerbesteuer bis zum 31. März 1922 zu erheben. Die Leipziger Gewerbesteuerordnung ist von der Kreisoberhauptschultheißen, dem Kreisrat und dem Ministerium des Innern genehmigt worden und besteht zu Recht. Wer die Pflicht, eine Steuererklärung abzugeben, nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt, kann einen Steuerzuschlag von 10 Prozent anfertigen erhalten. Uebrigens wird durch Nichtabgabe der Gewerbesteuererklärung die Veranlagung nicht verhindert, sie wird dann auf Grund freier Schätzung vorgenommen.

Die Haltestelle Kirchstraße. Man schreibt uns: Der Gemeinnützige Bezirksverein zu Schönefeld (Bauverein) sowie andre Körperschaften sind bei der Eisenbahndirektion um Erweiterung des Vorortverkehrs, Haltestelle Kirchstraße, vorstellig geworden. Auf die Eingabe ist nun Nachricht eingegangen, daß ab Anfang des Winterfahrplans 3 weitere Züge an der Kirchstraße Aufenthalt haben. Durch diese Züge und der weiteren Benutzung der Gastwirth Lokalzüge ist es vielen Arbeitern und Angestellten ermöglicht, ihre Arbeitsstätte resp. die Wohnung auf kürzerem Wege, wie auch bedeutend billiger zu erreichen. Eine weitere Eingabe, wegen Errichtung eines Vorortbahnhofes für alle die den Bahnhof Kirchstraße passierenden Lokalzüge, mußte die Eisenbahndirektion wegen des abgelehnten Haushaltsplans dieses Jahr vorläufig zurückstellen, da die Kosten nicht mehr übernommen werden können. Doch werden wir im kommenden Jahr einen Bahnhof, wenn auch nur im primitiven und provisorischen Zustande, begründen können. Ein Bahnhof war in den bereits bestehenden Bahnhofsplänen mit vorzemerkt, wegen der Entwertung unseres Geldes kann aber an die Ausbannung dieses allgemeinen Bauplans nicht gedacht werden. Wir wünschen, daß von der vorgenommenen Neueinrichtung ab 1. 10. 1921 recht reichlich Gebrauch gemacht wird, um zu zeigen, daß ein Bahnhof an der Haltestelle Kirchstraße ein großes Bedürfnis der dortigen Einwohner ist. Rummelt hat man von der Haltestelle Kirchstraße folgenden Anschluß:

Table with 2 columns: Station, Time. Rows: Nach dem Bahnhof, Von dem Hauptbahnhof, 6,27, 7,26, 7,32, 8,27, 10,39, 1,05, 6,10, 7,13, 9,22, 11, 1,07, 1,45, 3,20, 4,33, 6,33, 12,13, 12,19, 1,55, 4,20, 5,11, 7,18, 7,38, 9,29, 11,43, 12,11, 5,20, 6,50, 8,25, 10,30.

Bühnengedöhrige. Das Arbeitsamt teilt mit: Beim städtischen Arbeitsnachweis Leipzig ist eine besondere Fachabteilung für Bühnengedöhrige eingerichtet, die im Grundstück Gerberstraße 3, Hof, links, untergebracht ist, und werktäglich von 1-3 Uhr nachmittags geöffnet ist. Fernsprecher 18524 und 19232. Die Fachabteilung vermittelt Schauspielpersonal und Artisten jeder Art in feste Anstellung, insbesondere auch in tageweise Beschäftigungen. Saal- und Lokalhaber, Vereine und sonstige Veranstalter werden auf diese Einrichtung hingewiesen. Sie können bei Bedarf jederzeit - auch in die weitere Umgebung Leipzigs - für einen und mehrere Tage Schauspielpersonal, Vortragspionierinnen, Komiker, Groteske und Taugnummern, Gesangs- und Tanztruppe auch mit Vollenberpflichtung, ferner für Schaunummern geeignete Kräfte zugewiesen erhalten. Die Vermittlung erfolgt vollkommen kostenlos. Die Abteilung für Bühnengedöhrige wird sachkundig geleitet. Sie ist bemüht, alle Anträge, gleichviel ob für Saalbühne oder Lokalpodium und für Privatbühnen, zur vollen Zufriedenheit der Arbeitgeber auszuführen und den Ansprüchen der Lokalbesucher sich anzupassen.

Kapitalertragssteuer. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Am 1. Oktober 1921 treten die Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragssteuergesetz in Kraft. Diese schreiben insbesondere für die Abführung der auf Hypotheken und Darlehenszinsen zu entrichtenden Steuerbeträge ein von der bisherigen Werbung abweichendes Verfahren vor. Der Schuldner, der wie bisher gewöhnlich dem Gläubiger die Steuer bei der Zinszahlung zu zahlen hat, hat den Steuerbetrag binnen einem Monat nach der Zinszahlung an die für ihn zuständige Finanzkasse abzuführen und dabei regelmäßig den Namen und die Anschrift des Schuldners und des Gläubigers, die Höhe der Kapitalschuld, den Zinsfuß, den Zinsbetrag, den Zeitpunkt der Zinszahlung, die Zeit, für die der Zins gezahlt worden ist und den Steuerbetrag mitzuteilen. Bei dringender Empfehlung bar geldloser Zahlung kann diese Mitteilung auf der Zahlkarte, dem Postanweisungsbogen oder auf schriftlicher Anzeigekarte oder aber durch Einlegung einer besondern Anzeige, deren Vordruck bei den Finanzämtern kostenlos abzugeben wird, erfolgen. Bei gleichzeitiger Abführung mehrerer Steuerbeträge durch bargeldlose Zahlung können die Mitteilungen in Listenform erstattet werden. Auch hierzu sind die Vorbrücke bei den Finanzämtern kostenlos erhältlich. Eine Ausfertigung dieser Liste hat der Schuldner an die Finanzkasse einzusenden, eine zweite hat er für sich zurückzubehalten. Bei Barzahlung der Steuerbeträge verbleibt es vorläufig bei dem bisherigen Verfahren (Verwendung von Durchschreibebüchern).

Ablieferung der Steuerbeträge. Das Finanzamt weist darauf hin, daß die Unternehmer, die statt einer Verwendung von Steuermarken die einbehaltenen Lohnabzüge bar oder durch Ueberweisung bei der zuständigen Steuerbehörde einzahlen, die einbehaltenen Beträge in kürzester Frist, spätestens aber bis zum 10. des auf die Lohn- (oder Gehalts-)zahlung folgenden Monats an die zuständige Finanzkasse einzuzahlen haben. Bei nicht rechtzeitiger Entrichtung müssen die Beträge mit 5 v. H. verzinst werden.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 18. bis 24. September fanden 146 (Vorwoche 158) Eheschließungen statt. An Geburten waren zu verzeichnen: 225 (219) Lebendgeborene, darunter 41 (44) unehelich Geborene, 8 (15) Totgeborene, darunter 3 (4) unehelich Geborene. Verstorben sind 146 (164) Personen. Darunter befanden sich 89 (27) Kinder unter einem Jahre. An Darm- und Magenlähmung starben 18 (26) Kinder unter einem Jahre; der Tuberkulose erlagen 18 (19) Personen. Durch Selbstmord endete 1 (5) Person. Eine weibliche Person erlitt einen tödlichen Unfall.

Elternversammlung. 35. Volksschule. Mittwoch, den 12. Oktober, 7 1/2 Uhr, Schulsaal. Was ist Arbeitsschule? (Lehrer Zeidler.)

Warnung vor der Siedlungsgenossenschaft Südamerika in München-Gladbach. Das Reichsauswanderungsamt warnt vor den Werbungen der Siedlungsgenossenschaft Südamerika in München-Gladbach und teilt mit, daß dieser Siedlung die sachkundige Leitung fehle. Die Prospekte seien geeignet, falsche Hoffnungen zu erwecken.

Vom Internationalen Bund der Kriegsoffer Deutschlands erhalten wir folgende Mitteilung: Die Uebertrittsverhandlungen mit der Ortsgruppe Leipzig des Einheitsverbandes haben dazu geführt, daß wir am heutigen Tage die Geschäftsräume in der Jetter Str. 34 übernommen haben. Die Rechtsberatung findet nunmehr dorselfst statt. Die Verwaltungsangelegenheiten sind vorläufig noch in der Alten Geschäftsstelle von 5-7 Uhr abends zu erledigen.

Arbeitsnachweis für Erwerbsbeschränkte. Am 1. Oktober ist die beim städtischen Arbeitsnachweis bestehende Abteilung für Erwerbsbeschränkte von Gerberstraße 3 nach Mühlengasse 24, II verlegt worden. Fernruf 19230-19233. Die Abteilung hat die Aufgabe, für Unterbringung der Leichtkrüppelverletten sowie derjenigen, welche wegen Unfall oder Alter in ihrer Leistungsfähigkeit teilweise behindert sind, besorgt zu sein. Die Arbeitgeber wer-

den dringend ersucht, freie und freiverdende geeignete Arbeitsplätze dieser Abteilung zu melden.

Zur **Aufklärung**. Eine Reihe von Anfragen veranlaßt uns zu der Erklärung, daß die sechs Sinfonienkonzerte des Philharmonischen Orchesters unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Tidam, die Sonnabends im großen Saale des Städtischen Kaufhauses stattfinden und zu denen die Eintrittskarten in den Filialen der Volkszeitung verkauft werden, nicht vom Arbeiter-Bildungsinstitut veranstaltet werden, daher auch nicht unter die Anrede fallen. Arbeiter-Bildungsinstitut für Leipzig.

Die **Universitäts-Musik** (Mio) hat beschlossen, in sämtlichen zu ihrem Konzern gehörenden Theatern am Sonntag, dem 9. Oktober, einen **Oppauer-Hilfs-Sonntag** zu veranstalten. An diesem Sonntag wird von jeder verkauften Eintrittskarte der Reingewinn einem Fonds bei der Mio zugeführt. Die Gesamtsumme wird alsdann ohne jeden Abzug dem Reichsrotkreuz für das Hilfswort Oppau übergeben. Hier in Leipzig gehören zum Mio-Konzern folgende Theater: Astoria, Universum, Kolosseum, Wintergarten, Lindenfels. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht etwa erhöhte Preise an diesem Sonntag zur Berechnung gelangen, sondern die sonst pflanzlichen Preise bleiben bestehen.

Sozialistische Propaganda-Jugend, Unterbezirk Westen 1. Arbeitsgemeinschaft beginnt Freitag, den 7. Oktober, abends 1/8 Uhr, im Lindenauer Jugendheim.

USP-Elterntätigkeit und deren Erziehung von Connwitz, Köpzig und Döllh. Mittwoch, abends 1/8 Uhr: Sitzung in der Bibliothek Connwitz, Döllher Straße 18.

Freibank. Fleischverkauf für Mittwoch, Freibank I Nr. 1001 bis 1000, Freibank II Nr. 1201 bis 3000.

Lebensmittelkatalog für Mittwoch, den 5. Oktober.

Für Händler.

Ausländisches Weizenmehl: Bestellung der Kleinhändler beim Obmann.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger!
Ausgabe von Rindfleisch (hiesige Schlachtung) das Pfund 5 Pf., vom 1.—15. Oktober täglich von 9—3 Uhr im Schlachthof, gegenüber dem Schanamt.

Polizeinachtichten.

Schwerer Raub.

In der Nacht zum 27. September d. J., gegen 12 Uhr, sind nach Zertrümmern der Fensterscheiben zwei Unbekannte in das Wohngebäude des Gutsbesizers Gentsch in Eichefeld eingedrungen und haben unter Vorhalten eines Revolvers mit den Worten: „Geld oder das Leben!“ von dem im Bette liegenden Besitzer 15 000 bis 20 000 Mark Papiergeld, 20 Mark Nickelgeld, eine feingliedrige, goldene Damenuhrkette mit Schieber, eine feingliedrige, vergoldete Kette mit rundem Medaillon und ein etwa 1 1/2 Zentimeter breites vergoldetes Zigarrenband mit Kofette, in der der Stein fehlt, erlangt.

Die Täter, die Fahrräder bei sich geführt, werden beschreiben als etwa 30 und 35 Jahre alt, 1,60 und 1,65 Meter groß. Einer derselben hat blaue Maschinistenhose getragen, während der andere grauen Jadelanzug getragen hat.

Sachdienliche Mitteilung erbittet die Landeskriminalpolizei Leipzig, Wächterstraße 5, Zimmer 8, oder die Gendarmerei-Station Froburg.

Kindesaushebung! Wer kann Angaben machen? Am Sonntag, dem 2. d. M., abends gegen 17 Uhr, ist in der Hausjur eines Grundstücks der Pachhofstraße ein etwa vier Wochen alter Knabe aufgefunden worden. Der Knabe hat blondes Haar, große, gebogene Nase, hübschen Gesichtsschnitt, war bekleidet mit weißem Hemdchen, weißem Ärmelchen sowie hellblauen Armbändchen und befand sich in einem Steckfaltenhemd. Die Wäsche ist ungezeichnet und trägt auch sonst keinerlei Merkmale. Wer Angaben zu machen vermag, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen oder zur Aufklärung der Sache dienen könnten, wird gebeten, sich möglichst umgehend bei der Kriminalabteilung zu melden. Das Kind fand Aufnahme im Leipziger Kinderheim.

In einem Kraftwagen hineingerannt! Die Verletzungen tödlich! Am 2. d. M., vormittags gegen 10 Uhr, ist in der Weststraße zwischen der Plagwitz- und der Wendelslohnstraße ein in der Weststraße Straße in Plagwitz wohnendes siebenjähriges Mädchen von einem Personenkraftwagen zu Boden geschleudert und so schwer verletzt worden, daß der Tod sofort eintrat. Das Kind hatte hinter einem schweren Fuhrwerk die Straße überschritten wollen und war dabei in den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Kraftwagen hineingelaufen. Nach Aussagen von Augenzeugen soll den Kraftwagenführer eine Schuld an dem bedauerlichen Unfall nicht treffen. Die eingeleitete Untersuchung wird darüber Aufklärung schaffen.

Auffindung einer Kindesleiche in der Pleiße. Am 29. v. M. ist in der Pleiße, unterhalb der Gohliser Wehrbrücke, der Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden worden. Die kleine Leiche war vollständig nackt und muß schon einige Tage im Wasser gelegen haben, da sie bereits in Verwesung übergegangen war. Ob das Kind gelebt hat, mithin also ein Verbrechen vorliegt, wird die eingeleitete behördliche Untersuchung ergeben. Wer Angaben zu machen vermag, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen könnten, wird gebeten, sich möglichst umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Durch einen Personenkraftwagen in der Humboldtstraße überfahren! Zeugen gesucht! Am 24. v. M. ist Edele Kofentalsgraff- und Humboldtstraße ein 23jähriger Radfahrer durch einen Personenkraftwagen überfahren worden, wobei er einen Bruch der rechten Kniekehle davontrug, der seine Aufnahme im Krankenhaus St. Georg nötig machte. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich schnellstens bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Die Hege gegen die Lappo.

Von einem Genossen, der das Reijstreiben gegen die Landespolizei aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit hat, wird uns geschrieben:

Gegen gewissenlose Lügner gilt es die Öffentlichkeit aufzurufen. Sie sind eifrig am Werke, der Regierung ein Nachinstrument zu zerbrechen. Aus Wat darüber, daß den monarchistischen Offizieren der Landespolizei (Lappo) auf die Finger gesehen wird und daß General Reichardt jüst am 1. Dienstag nach Ablauf seines Sommerurlaubes die bekannten Gesundheitsfehler an sich erkrankt hat, organisiert man den Lügenfeldzug gegen die Polizei, den es einmal öffentlich zu brandmarken gilt. Es ist das zugleich eine sehr reiche Gelegenheit, die Gewissenhaftigkeit und Vertrogenheit einer gewissen Presse wieder einmal bloßstellen. Während sie nämlich in anderen Fällen den Weg zu den zuständigen Stellen sehr wohl zu finden weiß, verschmäht sie ihn in diesem Falle, nur um ihre Schwindelmotiven an den Mann bringen zu können. Daß ihren erfindenen Meldungen jedesmal das amtliche Dementi auf dem Fuße folgt, hört diese Presse nicht. Sie läßt sich teilweise damit, daß sie die amtlichen Richtigstellungen einfach unterschlägt, um lustig weiter drauflos lügen zu können.

Wider besseres Wissen behaupteten die Leipziger N. N. nach dem Abgang des Generals Reichardt, daß er nicht aus Gesundheitsrücksichten, sondern deshalb gegangen sei, weil ihm die infolge Eingreifens des Ministers eingetragenen Zustände keine Gewähr mehr dafür böten, daß die Landespolizei den Schutz des Landes und der Verfassung in Zukunft noch so durchzuführen in der Lage sei, wie

es ihre Aufgabe wäre. Bekanntlich hat Minister Lipinski das schon als Schwindel nachgewiesen und amtlich mitgeteilt, daß in dem Entlassungsgesuch Reichards nur von Gesundheitsrücksichten die Rede ist. Auch als der General sich von seinen Beamten verabschiedete, hat er ausdrücklich diese Gesundheitsrücksichten als Grund seiner Verabschiedung angegeben. Wenn er dabei die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die Lappo nach wie vor ein zuverlässiges Werkzeug zum Schutze der Verfassung bleiben möge, so möchten wir doch wünschen, daß sich diese Hoffnung in ganz anderem Sinne bewahrheiten möge! Wenn die bürgerliche Presse es so darstellt, als sei General Reichardt wegen übermäßigen Dienstalters gegangen, so erweist sie ihm damit einen Bärendienst. Die Forderung liegt doch nahe: entweder hat er recht oder die Leipziger N. N. Ist das letztere der Fall, dann hätte er ja in bezug auf die Gründe seines Rücktritts zweimal die Unrichtigkeit gesagt, und dann kann es mit seiner Behauptung, daß unter seiner Leitung die Polizei ein brauchbares Werkzeug zum Schutze der Verfassung gewesen sei, auch nicht weit her sein.

Zur selben Zeit setzte eine wüste Hege gegen die vom Landtage eingeleiteten Zivilkommissare bei der Lappo ein. Die Leipziger N. N. behaupteten in Nr. 264, den Kommissaren sei es zuzuschreiben, daß sich die Fälle häuften, wonach von den Vorgelegten gegebene Befehle einfach nicht mehr befolgt würden, weil die Widerstand leistenden Untergebenen bei den Kommissaren und dem Minister immer Mitleid erlangen würden. Genau das Umgekehrte ist richtig! Im Landtage wird den Herrschaften an der Hand von Tatsachen noch gezeigt werden können, daß es Offiziere waren, die Befehle nicht ausgeführt, aber sie monatelang liegen gelassen, mithin sabotiert haben. Der Fall des Hauptmanns Rasch ist nicht der einzige. Eine gewisse Clique unter den Offizieren hat sich geradezu organisiert, um der Politik des Ministers in der Lappo systematisch Widerstand zu leisten. Daß man es immer so darstellt, als seien wir weiß wieviel Kommissare da („siebenmal mehr als in Preußen!“), während man aus dem Elat genau weiß, daß ihrer in ganz Sachsen nur zwölf sind, sei nur als weiteres Beispiel bürgerlicher Wahrheitsliebe nebenbei bemerkt. Im übrigen haben die Kommissare, wie diese Blätter genau wissen, auf die Befehlsgebung und Befehlsausführung nicht den geringsten Einfluß und versuchen diesen auch gar nicht auszuüben. Schon weiß das gar nicht zu ihren Aufgaben gehört. Unwahr ist natürlich auch, daß sich unter den zwölf Kommissaren nur ein Bürgerlicher befände.

Noch unverständlicher lag die bekannte deutschnationale Zwickauer Zeitung. In Nr. 224 behauptete sie, der General sei gegangen, weil Lipinski mit Hilfe der von ihm zur Politisierung der Lappo in diese untergeordneten Zivilkommissare Zustände geschaffen habe, die alle Autorität der Führer untergrabe und die Disziplin außer ärgste geführe. Dabei weiß die Quelle, aus der dieses Blatt schöpft, ganz genau, daß die Kommissare von fast allen Vorgelegten für unentbehrlich gehalten werden. Unlässig mehrerer dienstlicher Besprechungen hat sich General Reichardt sehr lobend über die Arbeit der Kommissare ausgesprochen. Und als vor einiger Zeit Oberst v. d. Busche sich verabschiedete, hat er vor seinen Abteilungsleitern die Arbeit des Kommissars in geradezu auffallend warmen Worten gelobt und erklärt, daß seine Tätigkeit ihm über all nützlich und erfolgreich gewesen sei. Ganz ähnlich urteilen die Organisationen der Industriekreise. Der Satz einer bestimmten Clique gegen die Kommissare resultiert daher, weil sie für die politische Neutralität der Lappo zu sorgen haben, und weil sie verschiedenen Offizieren wegen deren rechtsbolschewistischen Umtriebe unangenehm geworden sind.

Am dieselbe Zeit wußte man das Märchen von dem dem Minister politisch nahestehenden Hauptmann auf, der gekündigt habe, aber vom Minister wieder eingestellt worden sei. Wir haben nicht gesehen, daß diese Blätter sich mit der amtlichen Richtigstellung ebenso beeilt hätten, wie mit der Verleumdung.

Ganz besonders unanständig war in der Rechtspreffe die Behandlung des Falles Müller-Brandenburg. Nachdem ihre Schwindelmedung, daß Müller-Brandenburg angeklagt worden sei, immer wieder dementiert worden war, rettete man sich mit der unerschämten neuen Lüge, Müller-Brandenburg sei zwar angeklagt worden, aber die Reichsregierung habe das inhiert! Zu solchen verwerflichen Mitteln greifen solche Zeitungen, nur um ihre Leser über ihre Gewissenlosigkeit zu täuschen. Das Leipziger Tageblatt behauptete in Nr. 466 sogar, diese Nachricht „von wohlinformierter Seite“ zu haben! Wir glauben, dieser wohlinformierten Seite nun auf der Spur zu sein.

Ein weiterer Trick, den die bürgerliche Presse anwendet, ist der, unbedeute Persönlichkeiten als linksradikale Politiker, als dem Minister politisch nahestehend und dergleichen zu denunzieren, obwohl wiederholt (wie im Falle des Majors Brand), hartgeklagt ist, daß der Betreffende gar keiner politischen Partei angehört und keinerlei parteipolitische Stellung eingenommen hat. Oder wie im Falle des Hauptmanns Rasch, der entgegen der Behauptung der Presse sogar einer bürgerlichen Partei angehört.

Als man mit diesen und ähnlichen Schwindelmedungen nicht zum Ziele kam, erfand man andre: Die Dresdner Nachrichten behaupteten, es hätten sich „linksradikale Elemente“ in die Reihen der Lappo eingeschlichen und die Maßnahmen zu ihrer Entfernung würden durchkreuzt. Was man mit diesen Schauermedungen bezweckt, ist zu durchsichtig, als daß sich eine Widerlegung lohnte. Direkt erfinden aber was das, was das Blatt über einen Polizeioffizier Vogel in Chemnitz sagt, den es gar nicht gibt und nicht gegeben hat. Wohl aber ist der Fall eines Unterwachtmeisters Bogel ein klassisches Beispiel dafür, wie man politisch nichtige Persönlichkeiten aus der Landespolizei hinauwwirft. Auch darüber wird noch ein Wortchen zu reden sein. Man nimmt sich nicht einmal die Mühe, den Behauptungen leichfertiger Zuträger nachzugehen. Wie sehr man damit das Ansehen der gesamten Presse schädigt, sieht man in der durch Haß erzeugten Verleumdung gar nicht einmal.

Daselbe Dresdner „Ordnungsblatt“ behauptet in Nr. 451, der Verband der Polizeibeamten hätte eine Eingabe an den Minister Lipinski gefandt, die auf Abschaffung des Stahlhelms zielt. Ebenso betreibe der Verband eine Beseitigung des Karabiners und der Wachstumpen. Trotzdem der Verband diese Meldung sofort als Schwindelmedungen kennzeichnete, wurden in demselben Waite drei Tage später in einem Artikel des Obersten a. D. Richter die Schwindelreden dreist und gottesfürchtig wiederholt. Weshalb? Weil die Dresdner Nachrichten entsprechend ihrer Auffassung von journalistischer Anstandspflicht sich geweigert hatten, die von der übrigen Presse gebrauchte Richtigstellung ebenfalls zu bringen. Auf unsere Erkundigungen an zuständiger Stelle erfahren wir sogar, daß ein Gewährsmann der Dresdner Nachrichten tagelang vorher bereits amtlich darauf aufmerksam gemacht worden war, daß diese Behauptung erlogen sei. Trotzdem aber hatten sie die Dresdner Nachrichten gebracht!

Nachdem die Presse durch einen Artikel des Ministers Lipinski erfahren hatte, daß die Behauptung, Major Brand sei subalterner Polizeibeamter gewesen, unwahr ist, und nachdem sie von dieser Richtigstellung keine Notiz genommen hatte, versucht man jetzt, den Postleutnant Matthes als Beispiel dafür anzuführen, daß bezweifelnde und tüchtige Kräfte der Landespolizei aus parteipolitischen Gründen im Avancement übergegangen würden. Zunächst ist festzustellen, daß Major Brand bei seiner Beförderung zum Major nicht 13 Vordermänner überbrungen hat. Wichtig ist im Gegensteil, daß der Major Brand bei wiederholten Beförderungen von nicht sachmännlich vorgebildeten Offizieren überbrungen worden ist. Ihm ist also der Anstieg gegenüber dem sachlich Tüchtigen vorgezogen worden. Weiter: Major Matthes ist Leiter des gesamten Polizeifachwesens in der Zentralstelle der Landespolizeiverwaltung. Sein Mensch hat daran gedacht, und er selber am wenigsten, der es sogar abgelehnt hat, daß er den Wunsch haben könnte, aus dieser leitenden Stelle heraus und in ein Referat versetzt zu werden. Vor allen Dingen konnten nicht daran denken diejenigen Herrschaften, die jetzt den Major Matthes als Kulis für ihre dunklen Treibereien mißbrauchen. Gelegenheit, Herrn Matthes in das Referat zu bringen, hatten sie schon wiederholt, noch ehe Major Brand dafür in Frage kam. Aber damals galten ihre Claqueurinteressen! Versteht man jetzt...?

Daß ehemalige Sowjetkommissare in der Landespolizei Dienst taten, wie die Rechtspreffe behauptet, ist keinem der Beteiligten bekannt, wohl aber ist bekannt, daß Rechtsbolschewisten im Offiziersrang dort ihre dunklen Machenschaften noch treiben. Gerade die verlogenen Berichte der bürgerlichen Presse beweisen das. Wenn man ferner weiß, was für ein Aufhebens davon made daß ein Hilfswachtmeister bei einer Lebung, als er „Vollschweiser“ zu markieren hatte, sich einen gefundenen Sowjetkern angeeignet hat, so wird das am besten dadurch gekennzeichnet, daß die Dienststelle dieses harmlose Vorkommis als Kinderei bezeichnet hat. Und daraus macht man eine Staatsaktion. Man verschweigt aber, daß Offiziere der Lappo innerhalb der Diensträume auf der Uniform das Hakenkreuz getragen haben!

Der staatsbürgerliche Unterricht ist nicht, wie behauptet wird, schuld an der Radikalisierung der Lappo. Richtig ist vielmehr, daß seit zwei Jahren die bekannte reaktionäre Clique die Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts sabotiert, so daß bis heute noch nicht einmal die angeforderten Lehrmittel zur Verfügung stehen. Ebenso erlogen ist, daß unter den Lehrern für den staatsbürgerlichen Unterricht nur Sozialdemokraten seien. Die bürgerliche Presse weiß, daß unter diesen Mitschleischern neben andern ihrer Parteifreunde sogar ein Mitglied einer bürgerlichen Partei ist, das im politischen Leben Sachsen an hervorragender Stelle mitwirkt. Die Part gegen die Absicht, neutralen staatsbürgerlichen Unterricht einzuführen, erklärt sich sehr einfach aus dem misslungenen Versuch der reaktionären Clique, mit den Kapitulanten-Befehlsharern aus der Zeit Wilhelm des Großen die Köpfe der Polizeibeamten zu verkräften.

Das sind nur einige wenige Beispiele. Sie dürften hinlänglich beweisen, daß die Ueberstrich dieses Artikels keine Uebertriebung ist. Sache des Landtages wird es heute sein, in dieses Treiben mit gehörig hineinzufahren.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Eingemeindung selbständiger Gutsbezirke.

Die nach der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1918 schon am Ende des Jahres 1919 vollendet sein sollte, hat sich immer weiter verzögert. Die Rittergüterbesitzer haben es bei den Verhandlungen vielfach verstanden, ihre Vorteile einseitig zumungunsten der Gemeinden wahrzunehmen. Sie sind dabei durch die Spruchpraxis des Oberverwaltungsgerichts begünstigt worden, wodurch den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit genommen war, etwas zu tun, um berechtigte und zweckmäßige Wünsche der Gemeinden zu unterstützen. Die Regierung hat deswegen eine Ergänzung der oben angezogenen Verordnung vorgenommen und dem Landtage folgendes Gesetz vorgelegt:

§ 1.

Zu jeder Vereinigung von selbständigen Gutsbezirken mit Gemeinden, die nicht vom Ministerium des Innern anzwangsweise verfügt wird, bedarf es der Genehmigung der allen Beteiligten nächstvorliegenden Aufsichtsbehörde.

§ 2. Der Revidierten Städteordnung und § 2 des Bezirksverbandsgesetzes bleiben unberührt.

§ 3.

Abkap 1 der Bekanntmachung über die Vereinigung der Rittergüter und Freigüter mit benachbarten Gemeinden vom 31. Dezember 1918 (GBl. 1918 S. 4) erhält folgenden Zusatz: „Sind mehrere Gemeindebezirke benachbart, so sind die innerhalb des selbständigen Gutsbezirks vorhandenen bewohnten Gebäude nebst einem geschlossenen Gebiete von angemessenem Umfange mit der Nachbargemeinde zu vereinigen, deren bewohnter Ortsteil ihnen am nächsten liegt. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums des Innern.“

§ 4.

Abkap 4 der in § 2 erwähnten Bekanntmachung wird aufgehoben.

§ 5.

Dieses Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Oktober 1919 ab. Eingemeindungsverträge, die nach diesem Zeitpunkte ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde abgeschlossen worden sind, werden aufgehoben.

Das Heijerbot für Theater in Sachsen.

Das während der ärgsten Kohlennot erlassen worden war, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, wieder aufgehoben worden.

Tagung der Landesversicherungsanstalten.

Der Verband der Landesversicherungsanstalten, der in seinem jetzigen festen Gefüge erst im vergangenen Jahre gegründet worden ist, hat in dieser kurzen Zeit eine große Bedeutung erlangt. Das hat letzten Endes seinen Grund in dem wachsenden Einfluß der Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung auf unser Wirtschaftsleben. Sind doch gegenwärtig rund 14 Millionen in diesem Zweige der sozialen Gesetzgebung versichert. Die Zahl der Empfänger von Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten betrug zu Beginn dieses Jahres rund zwei Millionen und die jährlichen Aufwendungen an Renten usw. sind auf annähernd 2 Mill. Mark zu schätzen. Der diesen Versicherungsstellen betreffende Teil der Reichsversicherungsordnung hat in den letzten Jahren wiederholte Änderungen erfahren, zusehnd durch das Gesetz vom 23. Juli 1921, das am 1. Oktober in Kraft tritt. Es befriedigt jedoch weder die Wünsche der Versicherten, noch die der Versicherungsanstalten.

Um zu all den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen, findet am 5. und 6. Oktober d. J. eine Tagung des Verbandes der Landesversicherungsanstalten in Würzburg statt. Auf der Tagesordnung steht die Bepfischung der Durchführung des eben erwähnten Gesetzes und die Erörterung von Vorschlägen zu einer erweiterten Gesetzesänderung, die Verbesserung des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten, die in letzter Zeit eingetretene Aufhebung der Fahrpreisermäßigung für Versicherte, die zu Heilbehandlungen reisen, die Heilverfahren für Kriegsgeschädigte und eine Reihe ähnlicher wichtiger Fragen. An den Verhandlungen nehmen wiederum eine Anzahl von Vertretern der Versicherten teil.

Wir werden über die Tagung zusammenfassend berichten.

Dresden. Von der Dresdner Kriminalpolizei wurde der angebliche Student Gekka aus Lemberg wegen Betrugs festgenommen. Gekka wohnte in verschiedenen Hotels und Fremdenheimen in Dresden unter dem Namen eines Grafen Christa von Dorn oder eines Studenten Carlson aus Neuporf. Er verübte Fehdbetrügereien und versuchte, bei Juwelieren Brillanten im Goldschmied zu erschwindeln. In Weissen erbeutete er bei einem Einbruch Bargeld und Verfassungen. Er ist auch in Berlin, München, Schandau und Leipzig als Schwindler aufgetreten.

Niefa. Der Stadtrat genehmigte den Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung über die Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Meissen—Zehren—Niefa—Strehla.

Zschaschwitz. Der Gemeinderat genehmigte den Hausbauplan der Gemeinde für das neue Rechnungsjahr. Es schließt mit einem Bedarf von 913 400 M. ab. Deckungsmittel konnten 211 600 M. eingesetzt werden, so daß sich ein Fehlbetrag von 701 800 M. ergibt. Diesen hofft man durch den Anteil an der Reichseinkommensteuer decken zu können.

Polzschwitz. Ein schweres Automobil Unglück ereignete sich in der abschüssigen Galberstraße. Dort fuhr der Autoführer Cunolt auf einer Probefahrt mit einem reparierten Kraftwagen in voller Fahrt gegen einen Straßeneisenbahnwagen. Die beiden Fahrer wurden aus dem Wagen herausgeschleudert. Der Weichenführer Reijst war sofort tot, der Schlosser Genau erlitt einen Schädelbruch und starb im Johannstädter Krankenhaus. Der Autoführer kam mit leichten Verletzungen davon.

Aus der Umgebung.

Tauscha. Zwei schwere Unglücksfälle, die den Tod zweier Menschenleben zur Folge hatten, ereigneten sich am Sonntag bzw. Montag früh. Am Sonntagvormittag wurde auf der Landstraße von hier nach Eilenburg der Schlosser K. K. Müller mit einem schweren Schädelbruch aufgefunden. Er wurde sofort ins Tauschaer Krankenhaus gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am frühen Nachmittag verstorben ist. Mülliger wollte sich zu Rad zu seiner Braut nach Eilenburg begeben. Es ist bis jetzt völlig unklar, wodurch Mülliger zu der tödlichen Verletzung gekommen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Mülliger, der im Kriege schwer verwundet worden war und seitdem mandymal an den Folgen noch litt, gegen einen Chauffeurwagen gefahren ist. Merkwürdig ist aber, daß an dem Tage keine Beschädigungen wahrgenommen waren. — Ferner wurde am Montagvormittag in der Bahnhofstraße das vierjährige Töchterchen des Zimmermanns Löwe von einem Kugelwagen überfahren und sofort getötet. Es ist bis jetzt unklar, wie das Kind unter den Wagen gekommen ist, da es nur vom Hinterrad des Wagens erfasst wurde.

Tauscha. Eine Sitzung des Stadteigenenrates findet Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Anträge der Erwerbslosen: a) Bewilligung von Mietbeihilfe, b) Unterstützung für 15-18 Jahre alte Erwerbslose. Anschaffungen fürs Stadtkrankenhaus. Preisauschreiben für Stadtbaderweiterung. Strompreiserhöhung. Ortsbesuch über die Wahl der Stadtverordneten und Ratssmitglieder. Hierauf Stadterneuerungssitzung. Wahl von Prüfern für die Fürsorgeklassenrechnung 1919/20.

Weschn. Auch in unserm Orte gibt es noch Arbeiter, die stolz darauf sind, Mitglieder des Militärvereins zu sein. Diese Arbeiter haben noch nicht erkannt, daß sie sich und ihre Klasse dadurch am schwersten schädigen und allen arbeitserfindlichen Bestrebungen Vorstoß leisten. Wie es um die „Neutralität“ des Militärvereins, auf die man sich immer beruft, bestellt ist, hat das letzte Sommerfest dieses Vereins gezeigt. Abends wurde eifrig monarchistische Vorträge gehalten. In jenen Arbeiter, die dieser monarchistischen Demonstration mit bewohnten, nicht die Schamröte ins Gesicht gestiegen? Die Arbeiter, die diesem Verein noch angehören, müßten doch nun endlich erkennen, daß sie finanziell und moralisch eine Organisation unterstützen, von der sie aufs schärfste bekämpft werden. Arbeiter! Heraus aus dem Militärverein und andern bürgerlichen Klubsvereinen. Schließt euch der politischen Organisation der Arbeiterschaft an und leht die Arbeiterpreise. Dann seid ihr auf dem richtigen Wege, euren Klasseninteressen zu dienen.

Gewerkschaftsbewegung.

Erwerbslosigkeit zu Anfang September.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Monat August hat eine weitere Verminderung in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich um rund 36 000 gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen von 205 000 auf 177 000, diejenige der weiblichen von 63 000 auf 55 000 zurückgegangen. Die Zahl der zulagsberechtigten Familienangehörigen von Erwerbslosen ist von 299 000 auf 250 000 gesunken. Allerdings ist etwa die gleiche Zahl unterstützungsberechtigter Erwerbsloser nicht im Berufsleben, sondern bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge untergebracht. Auch muß bei der Bewertung der Statistik immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sie die sehr bedeutende und jedenfalls größere Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen sowie die kurzzeiter Arbeiter überhaupt nicht erfasst. Bleibt aber auch nach dem allen eine Minderung der Erwerbslosen unverkennbar, so sind die Ursachen dieser an sich erfreulichen Tatsache sehr verschieden. Die aufsteigende Witterung war ebenso günstig für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft wie für die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Der Mehrbedarf an Arbeitskräften, der hierdurch zur Zeit hervorgerufen ist, wird mit dem Eintritt der ungünstigen Jahreszeit in Wegfall kommen. Nach stärker wird zu gegebener Zeit der Rückschlag sein, soweit die gegenwärtige Abnahme der Erwerbslosigkeit auf dem Niedergang der Währung beruht. Demgemäß stehen auch die amtlichen Stellen der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes mit größter Vorsicht gegenüber, sie bleiben bemüht, durch den Ausbau der Arbeitsvermittlung, durch möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeitsgelegenheit und möglichst vollkommene Auswertung der Aufträge des Reichs und der andern öffentlichen Körperschaften alle zu schweren Störungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Gesundheitsgefahren in der Chemischen Industrie.

Das furchtbare Unglück im Oppauer Werk der Badischen Anilinfabrik lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft der Chemischen Industrie erneut auf die Gefahren, die sie bei Ausübung ihres Berufs tagtäglich umgeben. Der Kampf um wirksamen Arbeiterschutz, der für die in der Chemischen Industrie Beschäftigten vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands schon seit Jahrzehnten in Wort und Schrift geführt wird, wird durch die Oppauer Katastrophe von neuem in den Vordergrund gerückt. Der wirksame Arbeiterschutz in der Chemischen Industrie darf aber nicht von Zufälligkeiten abhängig gemacht, sondern muß systematisch von den Männern der Wissenschaft und der Praxis durchgeführt werden.

Zu keinem Vortage: Gewerbliche Vergiftungen schreibt Dr. J. Krambeck über die Gefahrenquelle: Hier (in der Chemischen Industrie) ist es oft sehr schwer, der Gefahr erfolgreich entgegenzutreten, weil die Gefahrenquellen oft unbekannt, unerforschter Natur sind. Bei dem schnellen Fortschritt dieser Industriebranche, bei der steten Erfindung neuer Betriebsarten, neuer Reaktionen, bei der häufigen Entdeckung neuer Stoffe, mit deren Eigenschaften man anfänglich gar nicht und oft längere Zeit hindurch nicht genügend vertraut ist, mit denen man aber trotzdem arbeiten muß, gibt es stets neue Gefahren und Gefahrenquellen, über die man oft — leider — erst durch Unglücksfälle oder das Auftreten neuer bisher unbekannter Gewerbetrautheiten belehrt wird.

An der Arbeiterschaft liegt es, die maßgebenden Stellen vorwärtszubringen und mit Vorschlägen, die jenseits auf den Erfahrungen in den Betrieben, zu unterstützen. Das es auch in kleineren Betrieben an wirksamen Arbeiterschutz fehlt, zeigt sich u. a. auch bei der Firma M. B. Vogel, L.-Lindenau, Angerstraße. Hier läßt der Schutz der Arbeiter gegen die Einwirkungen der verschiedenen chemischen Stoffe in mancher Beziehung viel zu wünschen übrig. Demzufolge ist die Erkrankungsgeschichte im Betriebe eine verhältnismäßig große. In es doch vorzuziehen, daß Arbeiter während der Tätigkeit umgefallen sind. Zur Durchführung ist das in der Hauptsache auf die im Arbeitsprozess verwendete schwefelige Säure. Dieses Gas wirkt vor allen Dingen schädigend auf die Atmungsorgane und auf die Schleimhäute der Augen. Es muß deshalb für ausreichende, praktisch angelegte Absaugeinrichtungen im Arbeitsraum und für Gasmasken für die Arbeiter gesorgt werden. Bei der Firma ist dieser Schutz ungenügend. Gewerkschaft ist es, wenn die sich aus dem Arbeitsprozess ergebenden Gefahren für die Arbeiter erhöht werden durch Vorkommnisse, wie sie Herr Dr. Krambeck als Betriebsleiter beklagt. Das ist hier ganz und gar nicht am Platze. Im übrigen wird die Gewerbeinspektion im Betriebe einmal nach dem Rechten sehen müssen.

Lohnbewegung der Tabakarbeiter.

Eine am 29. September stattgefundene Versammlung befaßte sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Stuttgart am 16. September 1921. Der Gauleiter, Kollege Gerloff-Dresden, gab einen ausführlichen Bericht und betonte ganz besonders die Schwierigkeiten, die den Tabakarbeiter bei Lohnbewegungen immer entgegenstehen. Die Arbeitervertreter vertreten bei diesen Verhandlungen den Standpunkt (nachdem die Extern Arbeitgeber nur geringe, ganz minimale Zugeständnisse zu machen), wenigstens den größten Teil ihrer Forderungen (die 40 Prozent betragen) durchzusetzen. Nachdem es so aussah, als wenn die Verhandlungen scheitern wollten, waren die Arbeitervertreter der Meinung, daß mit einem Scheitern der Verhandlungen der gesamten Arbeiterschaft nicht gedient sei und dadurch die Tabakarbeiter noch wochenlang um die Lohnhöhe, die sofort gebraucht wird, gebracht würden. Es hätte müssen das Reichsarbeitsministerium um eine Entscheidung angerufen werden und diese Entscheidung hätte noch einige Wochen auf sich warten lassen. Die Not der Tabakarbeiter wäre auf das Unrechtlichste gestiegen. Infolgedessen haben sich die Organisationsvertreter genötigt, einer dreiprozentigen Teuerungszulage (auf die Grundlöhne) zuzustimmen. Sie waren sich dabei bewußt, daß damit bei weitem nicht dem Willen der Tabakarbeiterentscheidungen ist und ein Teil der Arbeiterschaft gegen die Vereinbarung Sturm laufen wird. Es müßte aber die gegenwärtige Situation berücksichtigt werden, in der sich die gesamte Industrie befindet.

Ab 1. Oktober tritt die erhöhte Bändersteuer in Kraft und durch diese Steuer muß mit einer größeren Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Wenn die Arbeiter den Kampf aufgenommen hätten, dann wäre nur dem Unternehmertum ein Gefallen getan worden. Der Referent ersuchte danach, die Vereinbarung zu würdigen. Er könne es verstehen, wenn sich die Arbeiterschaft mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben mag, er ersucht aber im Interesse der gesamten Tabakarbeiter dieser Vereinbarung zuzustimmen.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern die Arbeiterschaft scharf verurteilt und erklärt, solange die Organisation auf dem Boden der Arbeiterschaft stehe, würde es unmöglich sein, die Klassengegenstände auseinanderzuhalten. Die Arbeiterschaft würde stets der betroffene Teil sein. Wenn man das ganze Resultat zusammenfasse, könne man nur sagen, daß die Tabakarbeiter von diesem Resultat sehr enttäuscht sind und sich nie mit diesem Ergebnis zufriedengeben können. Es wird betont, daß nur auf dem Boden des Klassenkampfes fruchtbringende Arbeit für die gesamte Tabakarbeiterentscheidungen geleistet werden kann. Nur wenn sich die Organisation diese Meinung zu eigen macht, können die Tarifverhandlungen in der Zukunft anders ausfallen. Folgende Entschlüsse gelangte nach reger Diskussion zur einstimmigen Annahme:

„Die heute im Volkshaus stattfindende Versammlung der Zigarrenarbeiter Leipzigs und Umgebung erklärt sich mit dem Ergebnis von Stuttgart vorläufig zufrieden und betrachtet es als Pflichtlagung. Da aber die minimale Zulage von den Verhältnissen noch längst überholt ist, sieht sich die Versammlung gezwungen, erneut Forderungen durch die Organisationsvertreter zu verlangen. Die Versammlung bleibt bei der Forderung von 2 Mk. pro Stunde für alle in der Industrie Beschäftigten und er-

sucht den Hauptgrund, diese Forderung der Arbeitgeberorganisation vorzulegen.“

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde mitgeteilt, daß einige Leipziger Firmen ihren Arbeitern schon mitgeteilt haben, daß sie die Forderungen in den nächsten 14 Tagen einbringen müssen. Die Firma M. B. Vogel u. K. Krambeck will, ohne erst die Arbeitszeit zu verlängern, Entlassungen in größerer Maßstäbe vornehmen. Unter den zur Entlassung kommenden sollen sich Arbeiter befinden, die bereits 10-18 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Jedenfalls wird der Betriebsrat nicht ohne weiteres diesen Entlassungen zustimmen. Letzten Endes, wenn die Firma nicht einen anderen Standpunkt einnimmt, wird sich der Schlichtungsausschuss damit befassen haben. Hieraus kann die Arbeiterschaft sehen, daß die Arbeitgeberseite maßlos überhand nimmt. Deshalb ist es mehr denn je notwendig, geschlossen in der Organisation zu stehen.

Redmal sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß alle Kollegen und Kolleginnen die ihnen zustehende minimale Lohnhöhe verlangen müssen. Sollte dies Verlangen von den Arbeitgebern nicht erfüllt werden, dann ist sofort der Organisationsleitung Bericht zu erstatten.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Die Ausspeerrung in der chemischen Industrie.

Höchst a. M., 3. Oktober. (U.) Ueber die Wiedereinnahme der Arbeit in den Betrieben der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, der Farbenfabrik Höchst und der Vereinigten Kunstseidefabriken in Kesselbach wurden zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und den Vertretern der Gewerkschaften Verhandlungen getroffen, nach denen in den Werken die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen nach Bedarf und nach freiem Ermessen der Verteilung erfolgen sollte und jede Entschädigung für nicht geleistete Arbeit abgelehnt wurde.

Die Belegschaft des Werkes Griesheim-Elektron stimmte über dieses Abkommen am gestrigen Sonntag ab mit dem Ergebnis, daß 236 dafür, aber 1202 dagegen waren. 27 Stimmen waren unglücklich. Allerdings haben nur 50 Prozent der früheren Belegschaft an der Abstimmung teilgenommen. Die Belegschaften in Höchst und Kesselbach werden über das Abkommen am Montag oder Dienstag abstimmen.

Wenn die Meldung über den Inhalt der Vereinbarungen richtig ist, dann ist die Ablehnung der Abmachungen durch die Arbeiterschaft völlig begründlich und berechtigt. Die Zustimmung würde bedeuten, den Verteilungen das Recht einzuräumen, alle Vertrauensmänner der Belegschaft zu wählen. Solchen Bedingungen kann sich nur eine völlig geschlagene Arbeiterschaft unterwerfen.

Der Leipziger Betriebsrat (Nr. 8) ist erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Zeitfragen. Kritik der Gewerkschafts- und Betriebsratbewegung — Die neue Lohnsteuer: durch Beispiele erklärt. — Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. — Entschädigungen in Streitfragen des Arbeitsrechts. — Bericht über die Konferenz der Gewerkschaftsleiter in der Kreisbauernschaft Leipzig. — Streikblätter. — Arbeitslosenaktivität usw. Der Leipziger Betriebsrat ist zu bestehen durch alle Filialen der Leipziger Volkszeitung, durch die Gewerkschaften sowie vom Gewerkschaftsleiter (Abteilung Betriebsräte). Preis pro Nummer 50 Pf.

Die Buchdrucker in Plauen im Vogtland beschließen nach sehr heftiger Aussprache, in der die Annahme der Abmachungen des Tarifamtes hart kritisiert wurde, sich dem Spruch zu fügen, aber zu verlangen, daß baldigst neue Forderungen gestellt werden. Es wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß um bessere Löhne gekämpft werden müsse.

Die Hamburger Buchdrucker streiken seit Montag mittag. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen nicht mehr.

Berammlungskalender.

Dienstag, den 4. Oktober:
U. S. F. Marktrahl, Obsteite usw. Kasino Fr. T. 1/8 Uhr.
Brauerei- und Mühlenarbeiter, Bäcker- und Konditoren, Fleischer- und Berufsvereine, Volkshaus, 1/8 Uhr, nicht 6 Uhr.
Bund für freie Schulgemeinden, Zentraltheater, 8 Uhr.
Leibknechtarbeiter, Volkshaus, 1/7 Uhr.
Reichsbund der Kriegesbeschädigten usw., Stadt Merseburg, 7 Uhr.
Mittwoch, den 5. Oktober:
Turnverein Eiche, Volkshaus, 1/8 Uhr.
U.S.F., Volkshaus, Schwarzer Jäger, 1/8 Uhr.
Glaser, Volkshaus, 5 Uhr.
Reichsbund der Kriegesbeschädigten usw., Bürgergarten, Klein- schlocher, Kegelheim und Veteranenhalle.
Steinfischer, Volkshaus, 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Briefkasten der Redaktion.

Absingung, Meckan. Ueber das Reichsorganisationsgesetz nach die Ausführungsbestimmungen sehen den Abzug dieser Wohnung vor. Es handelt sich um eine vorläufig zuerkannte Abzugssumme. Fragen Sie an, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung Ihnen die Summe in Abzug gebracht worden ist.
M. S. 1348. Ja! Doch wenn Ihnen gelündigt wird, können Sie sich an das Miteinigungsamt wenden.
E. H. M. Wo der Verein für Vorbestrafte in Leipzig seinen Sitz hat, können wir Ihnen nicht sagen.

USPD. Groß-Leipzig

Leipzig. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 1/8 Uhr. Halbjahrs-Generalsammlung im Schwarzen Jäger (kleiner Saal). Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Einfach nur gegen Mitteilungsbuch. Zahl. Besuch erwartet D. P.

Zuban
Aus edelsten Orienttabaken
Zigaretten

Gamaschen ♦ ♦ **Gürtel**
von 50 Mark an von 1 Mark an
sehr solide Qualitätsarbeit
Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16

Verband der Steinseiber
und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Leipzig
Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 Uhr:
Versammlung
im Volkshaus (Café Mitte).
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen in unserer Lohnfrage vor dem Schlichtungsausschuss.
2. Gewerkschaftsfragen.
Da die Tagesordnung im eigenen Interesse eines jeden liegt, darf keiner fehlen. Der Vorstand.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut **Sofort**
und Nissen Kopf-, Kleider- und Hüt-
gegenstände. **Kampoida Wanzen**
gegen alle Arten von Wanzen, Läuse,
für Mensch und Tier.
für Wunden unschädlich.
Verkauf nur Schleierstr. 12; Gohlis, Neuh. Hall, Str. 57;
Auerbach, Bld., Josephstr. 17; H. Köhler, Ranfische Gasse 3;
Georg Trümper, L.-Möckau, Möckauer Straße 22. [

In unserm Verlage ist erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.
Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wiltcherstraße 26.*

Nasenröte, Sommersprossen
Nadel, Hautunreinigkeiten, Gesichtsröte usw. werden sofort, unmerkbar für die Umgebung, abgeholt durch **ochte Vator-Phillip-Schäfer**, danach kommt anmutig junge zarte Haut zum Vorschein. a 9 Mk. vom Laboratorium Dresden-Friedrichs 142. Verkaufsstelle **Prohms Flora-Drogerie, Petersstr., u. Engel-Apothek, Markt.**

Zurückgekehrt
Dr. med. Kammler
Bayerische Straße 45
Telephon 7931
8-9, 2-1/2, 6 (außer Mittwoch nachmittag)

Familien-Nachrichten
Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Freundschaft aus Anlaß unserer SILBER-HOCHZEIT sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten und aufrichtigsten Dank
GUSTAV ERNST UND FRAU
L.-Lindenau

Am 1. Oktober verließ plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Schied
Paul Hermann Lindner
Sartmannsdorf, den 2. Oktober 1921.
In tiefer Trauer
Frau verw. Lindner und Hinterbliebene.
Einäschung Mittwoch 2 Uhr auf dem Südfriedhof. Kranzbesuchen dankend abgelehnt.

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Verlag Berlin-Satanice 1921. (Schluß.)

Joseph Michalich wurde von Hausen sogenannter Bürger zu Tode geschossen. Michael Hoey wurde in San Diego zu Tode geprügelt. Samuel Chinn wurde in dem Gefängnis zu Spokane, Washington, so grausam geschlagen, daß er an seinen Wunden starb. Joseph Hillstrom wurde in den Mauern des Erziehungsheimes in Salt Lake City, Utah, gemordet. Anna Lopez, eine Textilarbeiterin, wurde angepöbeln und getötet, wie auch zwei andere Arbeitsgenossen während des Streiks in Lawrence, Massachusetts. Frank Little, ein Krüppel, wurde von Mitgliedern des Ku-Klux-Klan in Butte, Montana, getötet. John Lomon, A. Robinson, Hugo Gerlot, Gustav Johnson, Felix Baron u. a. wurden von einem Hausen Lumber-Trust Soldaten auf dem Dampfer Verona im Golf von Everett, Washington, getötet. J. H. Cesh wurde verhaftet und wieder verhaftet in Seattle, Washington, bis er endlich an den Wirkungen der entsetzlichen Behandlung, die ihm zuteil wurde, starb. Vier Mitglieder der I. W. W. wurden in Grabow, Louisiana, getötet, wo dreißig andere angepöbeln und ernstlich verwundet wurden. Zwei Mitglieder der I. W. W. wurden hinter einem Automobil in Ketchikan, Alaska, zu Tode geschleift.

Dies sind nur einige wenige von den vielen, die ihr Leben hingeben mühten auf dem Altar der Gier, die geopfert wurden in dem ewigen Kampf der Arbeiterbefreiung.

Wir behaupten, daß viele tausend Mitglieder unserer Organisation ins Gefängnis geworfen worden sind, meistens ohne Befehl verhaftet und ins Gefängnis gehalten wurden ohne Anklage. Um sich über die Wahrheit dieser Behauptung zu orientieren, braucht man nur den Bericht der Kommission für industrielle Verhältnisse zu lesen, in dem Zeugnis dafür abgelegt wird, daß fast 900 Männer und Frauen während des Textilarbeiterstreiks in dieser Stadt in das Gefängnis eingesperrt worden sind. Dieser selbe Bericht führt die Tatsache an, daß im Verlauf des Seidenarbeiterstreiks in Paterson in New Jersey fast 1000 Männer und Frauen ohne Anklage und ohne Grund eingesperrt worden sind. Im Nordwesten sind solche Gewalttätigkeiten vor allen Dingen immer gegen Mitglieder der I. W. W. in Anwendung gebracht worden. Die Bezirks- und Stadtgefängnisse in fast jedem Staat der Union sind mit Mitgliedern unserer Organisationen besetzt.

Wir behaupten, daß Mitglieder unserer Organisation mißhandelt worden sind. Franc S. Weners wurde von einem Hausen bekannter Bürger in Nord-Palms, Washington, mißhandelt. D. S. Dief wurde von einer Masse Menschen, die von Vertretern des Lumber-Trusts angeführt wurden, in Sedrow-Boolen, Washington, mißhandelt. John L. Mehen, juristisch Verteidiger der I. W. W., wurde mißhandelt und fürchterlich geschlagen von einem Hausen von Bürgern in Staunton, Illinois. In Tulsa, Oklahoma, haben einige Bankiers und andre Geschäftleute 17 Mitglieder der I. W. W. aufgegriffen, sie in Automobile verladen, dann vor die Stadt in eine Waldschlinge gefahren und sie dort mißhandelt und mit einem Seil geschlagen.

Wir behaupten, daß Mitglieder der I. W. W. deportiert werden sind und erinnern an den Fall von Bisbee, Arizona, wo 1146 Bergarbeiter, viele Mitglieder der I. W. W., aus ihren Wohnungen herausgeschleppt, auf Viehwagen verladen und deportiert wurden. Sie wurden monatelang in Columbus, New-Mexiko, festgehalten. Eine Reihe von Mitgliedern wurde aus Jerome, Arizona, deportiert. Sieben Mitglieder wurden aus Florence, Oregon, deportiert, und irren tagelang in den großen Wäldern umher. Tom Kalliter, ein Krüppel, der Zeitungen verkaufte, wurde mitten in der Nacht ausgehoben und von einem Mob schrecklich geschlagen, weil er den "Liberator" und andre radikale Blätter verkauft hatte.

Wir behaupten, daß Mitglieder der I. W. W. auf das Grausamste und Unmenschenlichsche geschlagen worden sind. Hunderte von Mitgliedern können noch die Narben auf ihrem arg zugerichteten Körper zeigen, die sie erhielten, als man sie zwang, Spiekruten zu laufen. Joe Marfo und viele andre wurden so in Diego, Californien, behandelt. James Rowan wurde in Everett, Washington, fast zu Tode geschlagen. In Lawrence, Massachusetts, haben die Leute vom Textil-Trust Männer und Frauen geschlagen, die gezwungen waren, in den Streik zu treten, um für sich ein wenig mehr von den guten Dingen des Lebens zu erobern. Die Stöße und die grausamen Peitschenhiebe, die sie einer kleinen italienischen Frau versetzten, verursachten es, daß sie frühzeitig einem Kinde das Leben gab. In Red Lodge, Montana, wurde das Haus eines unserer Mitglieder überfallen, der Mann selbst vor der Augen seiner schreienden Frau und seiner Kinder aufgeschüttelt. In Franklin in New Jersey wurde John Koila, ein I. W. W., am 29. August 1917 bei hellem Tage von dem Chef der Polizei mit einem Auto voll Geschätzte in einen Wald in der Nähe der Stadt gebracht und dort an einem Baum aufgehängt. Noch ehe der Tod eingetreten war, wurde er abgeschnitten und auf das grausamste geschlagen. Fünf Stunden, ehe Koila wieder zum Bewußtsein kam, verzerrte ihn der Richter der Stadt zu drei Monaten Zwangsarbeit.

Wir behaupten, daß man Mitglieder der I. W. W. hat verhungern lassen. Diese Behauptung kann bewiesen werden, wenn man sich die Verhältnisse ansieht, die fast in jedem Bezirksgefängnis bestehen, in dem Mitglieder der I. W. W. gefangen gehalten werden. Noch kürzlich geschah es in Topeka, Kansas, daß Mitglieder unserer Organisation sich in einem Hungerstreik gezwungen sahen, um sich eine auch nur einigermaßen das bloße Leben garantierende Ernährung zu sichern. Viele Mitglieder mußten zum Hungerstreik schreiten, um etwas bessere Nahrung zu bekommen. Man lese darüber die von Mindyrop D. Lane geschriebene Geschichte, die am 6. September 1919 in "The Survey" erschien. Diese Erzählung ist eine genaue Beschreibung der Verhältnisse in den Bezirksgefängnissen in Kansas.

Wir behaupten, daß Mitglieder der I. W. W., die durch die Verfassung garantierten Rechte verweigert worden sind, daß die Richter offen eingestanden haben, das Geschehe wegen der Zugehörigkeit zu den I. W. W.; vielen Mitgliedern wurden ihre Staatsbürgerrechte abgenommen.

Wir behaupten, daß Mitglieder der I. W. W. das Recht der Verteidigung genommen worden ist. Da die Organisation der Arbeiter kein war und keine eigenen Mittel zur Verfügung hatte, mußte man an die Mitglieder und die Arbeiter im allgemeinen appellieren, um Geld für eine geeignete Verteidigung zu bekommen. Die Post hat nach dem Befehl des Generalpostmeisters in Washington offen die Beförderung unserer Anträge, unserer Subskriptionslisten und unserer Zeitungen verhindert. Man hat sie in den Postanstalten aufgehäuft und nie das Porto zurückerstattet.

Wir behaupten, daß Mitglieder der I. W. W. gezwungen wurden, Sklavendienste zu leisten. Dies bezieht sich nicht auf die in den Gefängnissen eingeschlossenen Mitglieder; wir wollen die Aufmerksamkeit des Lesers nur auf ein I. W. W.-Mitglied lenken, das in Birmingham, Alabama, verhaftet wurde, dann aus dem Gefängnis geführt und auf einem Jahrmarkt in seiner Stadt zu einem Eintrittsgeld von 25 Cts. ausgestellt wurde.

Zum Schluß will ich für die Leser, die sich über die Tatsache wundern, daß solche Dinge öffentlich so wenig bekannt sind, einige

Stellen aus meinem Buch "Die Messingmarke" abdrucken, die sich mit der New York Times besaßen und der Art und Weise, wie diese den Roman "Jimmy Higgins" behandelt haben:

"In den letzten Kapiteln dieser Geschichte wird ein amerikanischer Soldat dargestellt, der in einem amerikanischen Militärgefängnis zu Tode gefoltert wird. Dazu sagt die Times:

"Mr. Sinclair sollte seine erstaunlichen Anschuldigungen beweisen, falls er Beweise hat. Wenn er nur so vom Hörenjagen geschrieben hat, oder, was schlimmer wäre, verleitet von seinem Wunsch, Sensationen zu bringen, hat er sich nicht nur in der öffentlichen Meinung diskreditiert, sondern auch strafbar gemacht."

In Erwiderung sandte ich der Times einen sehr höflichen Brief, in dem ich hundertfünfzig Fälle anführte und der Times die Stellen mitteilte, wo noch Hunderte ähnliche Fälle gefunden werden könnten. Die Times gab mir diesen Brief ohne jeden Kommentar zurück. Eine Reihe von Monaten verging und auf die unaufhörliche Agitation der Radikalen hin erfolgte eine Untersuchung durch den Kongreß, und die Beweise für entsetzliche Grausamkeiten kommen in die Zeitungen. Die Times veröffentlichte einen Leitartikel unter dem Titel "Grausamkeiten in den Gefängnissen"; der erste Satz lautet:

"Die Tatsache, daß eingetretene amerikanische Soldaten mit der größten nur denkbaren Grausamkeit behandelt worden sind, kann jetzt als feststehend angesehen werden."

So schrieb ich der Times wiederum einen höflichen Brief mit der Bemerkung, daß sie mir jetzt wohl eine Rechtfertigung schulde. Und wie geht die Times nun vor? Sie verändert meinen Brief ohne meine Erlaubnis! Sie streicht meine Forderung einer Rechtfertigung aus und ersetzt ihre eigenen Worte, die ich zitiert hatte und die meine Bestrafung verlangten. Die Times, jetzt eingesperrt, weigert sich ihren Lesern mitzuteilen, daß sie meine Bestrafung verlangte dafür, daß ich die Wahrheit sagte!"

Kleine Chronik.

Neues Theater (Dante-Feier). Ich hätte mehr von Dante gewünscht, mehr aus der Hölle. Die litauische Dante-Sinfonie ist ein großes musikalisches Kunstwerk, das für sich besteht, aber über Dante kann dieses Werk doch nur dem mehr als ganz allgemeinen sagen, der tiefer in die große Schöpfung des Florentiners eingedrungen ist. Dem andern werden bei aller Ehrfurcht vor dem Genius Vistas die Rängen des Schlusssatzes ermüden. Paul Brina gab die gewaltigen Verse Dantes mit eindringendem Verständnis und kluger Beherrschung wieder. Seine Stimme ist nicht ganz die, so man für einen Dante-Interpreten wünscht. Aber er wußte seine Mittel gut zu verwenden, so daß auch die jarten Stellen in dem großen Raum voll zu Gehör kamen. Mit seiner Auswahl braucht man nicht ganz einverstanden zu sein. Jedenfalls aber hat er den Dichter der göttlichen Komödie würdig gefeiert.

Neues Theater. Felix Fleischer-Ranzak, der neue Bariton unserer Oper, lang zum ersten Male in Aida die Rolle des Amonastro. Die kraftvolle und tragende Stimme des Sängers befähigt ihn ausgezeichnet zu dramatischen Rollen dieser Art. Besonders sind die dramatischen Akzente, vor allem auch die in jenem Spiel, ein wenig zu stark aufgelesen, da man an unizer Oper mit einer weichen Mischung vorgeht. Bei längerem Zusammenhören mit unserm Opern-Ensemble wird sich jedoch ein völliges Einpassen des Künstlers in das Gesamtbild leicht ergeben.

Operetten-Theater (Der Zigeunerbaron). Am Sonnabend feierte man in der Operette ein Jubiläum. Direktor Josef Groß ist 25 Jahre lang im Hause an der Bockstraße tätig. Seine eifrige Arbeit wird auch von denen anerkannt, die dem Betrieb im wesentlichen ablehnend gegenüberstehen. Josef Groß kann natürlich nicht dafür, daß die modernen Operetten zum größten Teil unter aller Kritik sind. In seinen Bühnenbildern hat er zumeist einen Geschmack bewiesen, der über dem Niveau der Werke steht, die er in Szene zu setzen hat. Der Sonnabendabend brachte dem Jubilar, der als gerissener Schweinehirt wieder einmal auf den Brettern erschien, viele Ehrungen. Nach dem zweiten Akt verwandelte sich die Bühne in einen Blumen- und Lebensmittelladen und der Beifall war so stark, daß der Gezeirte herzlich danken konnte.

Gespött wurde in recht aufgeregter Jubiläumstimmung. Josef Groß gab seinen Zuppan mit derbem Behagen — er würde als dastellender Künstler seinen Platz nicht minder gut denn als Direktor ausfüllen. Sehr hübsch sang Margarete Köhner die Saffi; sie hat an Sicherheit der Tongebung sichtbar gewonnen. Schade, daß ihr Spiel gelegentlich immer noch etwas Gezwungenes an sich hat, soweit besser es auch gegen früher geworden ist. Nicht anfangscharf mutet dagegen das Spiel Mizzi Bergers an. Daß sie kann sie freilich singen, so daß ihre Arien nach der gesungenen Seite befriedigte. Von Herrn Sudmann, der den Ottokar gab, ist ungefähr daselbe zu sagen. Immerhin läßt sein Spiel schon etwas mehr Schwingung als bei seinem ersten Auftreten erkennen. Stimmlich sehr wider hielt sich Herr Grabe; wenn er nur nicht gar so unerträglich häufig schmachte wollte! Ergänzt wurde das Ensemble durch Operettisten: Elisabeth Werlein sang die Cypria in geistlicher wie darstellerisch gut charakterisierender Art und Herr Kapoff trug mit Verbe das Werkstück des Homonay vor. Herr Kindeisen dirigierte mit Liebe und Schwung.

Kleines Theater. (S. I. D. u.) Bei Shaw verliert es sich, daß keine Helden in Gänzlichem zu sehen sind. Seine Komödie ist eine recht grimmige und lustige Verspottung des militärischen Helden. Aber sie ist mehr. Der Spötter rückt noch allertel andere konventionelle Vigen unter seine scharfe Lupe, legt mit blickendem Meißel an diesen Balkenfiguren so nebenbei die ganze geprellene bourgeoise "Kultur". Der Name Shaw birnt dafür, daß dieses Werk recht wichtig und unterhaltsam geschieht. Bulgaren haben es dem Iren verdacht, daß er dabei ihr Volk als eine nur oberflächlich geistreiche Barbarenhorde behandelt hat. Sie haben komödienthafte Uebertreibungen zu Unrecht ernst genommen.

Otto Stoedel hat sich um diese Komödie als Spielleiter und als Darsteller des Blumenschil verdient gemacht. Er gab diesen phlegmatischen Hauptmann mit einer Uebertreibung, die restlos Begegnung erzielte. Nicht ganz so rein kam Walter Reuschle mit seiner Aufgabe zustande, doch war sein schneidiger Major Saranoff eine ganz annehmbare Type. Braunstein münzte seinen wärscheuen Veltstoff mit breiter Behaglichkeit. Claire Harten gab sich alle Mühe, ein recht raffines Bulgarenmänschen zu sein. Ganz glaubt man es ihr noch nicht, aber sie wächst an Routine und ihre Gewandtheit bei einigen krassen Uebergängen ist schon bemerkenswerth. Die Louka Maria Kochs war eine geschlossene künstlerische Leistung. Elise Kram als Katherina war im ersten Akt etwas lässig, später gewann sie. Robert Pirk hat sich zu freierem Spiel durchgerungen, sein Nicola war durchdacht und gut charakterisiert. Das Publikum amüsierte sich sehr und spendete kräftigen Beifall.

Tod, Seele, Unsterblichkeit. (Wittfogelvortrag im Zentraltheater.) Kapitalistisches Zeitalter weicht dem sozialistischen, hier Untergang einer alten Welt, dort morgentote Dämmerung einer neuen, auf der einen Seite formgebundene, Gemelene halten wolkende, auf der andern mit kommenden Ideen erfüllte Geister: wir in der Mitte. Tod, Seele, Unsterblichkeit, Streit-

punkte im Uebergangsstadium. Der Saal ist fast besetzt, nicht die schlechtesten Köpfe sind da.

1. Teil: Nationale Himmelreiche, rote, grüne, gelbe, braune, buntfarbige und gestreifte Himmelreiche, wie man sie wünscht. Kräuter- und Wurzelüberflut im Jenseits australischer Negervölker, mühevolle Beute in den Jagdgründen der Rothhäute, schrankenlose Wollust in den Unsterblichkeitsgefilden des Südamerikaners, unmäßige Saufereien in Walthal und Rangordnung der Himmlischen und Verstorbenen in der Religion des Klassenstaats. Das Jenseits also überall nur eine etwas verformene Photographie, ein Abklatsch der materiellen Welt, überall verschieden; viele Köpfe, viele, unzählige viele Himmelreiche, alle mit andrer Inneneinrichtung.

2. Unsterblichkeitsglaube der Gegenwart. Geisterbeschwörung, Spiritismus. Anführung von Beweisen für das Vorhandensein und Auftreten von Geistern, erfolgt sofortige Widerlegung der Fälle. Widerspruch aus dem jähenden Dunkel des Zuschauertraums. (Aha, Spiritisten anwenden!) Noch ein paar Hammerschläge auf die Köpfe. Die Opposition schweigt.

3. Teil. Modernes Weltbild, einzig mögliche Weltanschauung: Die besetzte Natur. Wittfogel wird etwas unklar. "In jedem Schlupfwinkel Seele und Stoff, mit jedem Ausatmen entweicht Seele, mit jeder Brotstümpele kommt Seele in uns hinein." Wozu diese pantheistische Verwirrungsmaschine? Wie sagt Diefgen? "Der Geist muß das Denken genau so besorgen wie das Ohr das Hören und die Zunge das Schmecken." Ist das nicht einleuchtender? Durch Verneinung alles Ueberjenseitigen beginnt die Aera neuer Philosophie. Einzug des Positivismus. Der Mensch reißt sich auf aus dem Fatalismus und emancipiert sich zur Tat, zum Eingreifen in das Räuberwert der Weltgeschichte. Das Glück des Menschen hängt ab von den Getriebepfeilen. Wir wollen schon auf Erden hier ein Himmelreich errichten.

Die Opposition verläßt den Saal, Schluß 10 Uhr. Manche dauert das Entrittsgeld, die meisten nicht. K. W. Sch.

Der gute Film (Anderer). Gestern vormittag wurde der vierte Lehrfilm vom "Ordnungsausschuß für die Pflege des Lichtbilds" vorgeführt. Direktor Max Fiedler bereite durch einige einseitige Worte den Stoff vor und dann sah man an der rechten Wand den Werdegang eines Buches. Ein kurzer historischer Einblick in die Abdruckarbeiten der Mönche und in die Werkstätten der mittelalterlichen Buchdruckerkunst wurde werth gegeben, man sah die berühmte 42zeilige Lutherbibel Gutenberg vor seinen Augen entstehen und dann ging's hinein in einen modernen Betrieb. Die mühsame Arbeit des Satzlebens, das Zeilen und Polieren jedes einzelnen Originalbuchstabs wurde gezeigt, man sah die Matrizen nach den verschiedenen Systemen entstehen, beobachtete den Guss und den ersten Abzug. Die modernen Linotypemaschinen mit ihren kombinierten Tätigkeiten wurden vorgeführt, wie wir sie ja auch in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung haben, und dann konnte man noch eine mittelgroße, moderne Setzungsdruckmaschine im Gang bewundern.

Weber ein Film, den man nur betrachten kann und der namentlich für das Verständnis des werktätigen Volkes von großer Wichtigkeit war. Ich muß wiederholt den Wunsch aussprechen, daß das Arbeiterbildungsinstitut alles daransetzen sollte, eine Sondervorstellung für uns zu ermöglichen. K. W. Sch.

Klavierabend. Unter den jungen Pianistinnen nimmt Maria Kahl-Deder zweifellos eine bedeutende Stellung ein. Ihre klare, laubere Technik, wie das moderne Gewandtspiel und ihre verklärte Auffassungsart geben wirklich Beachtung die Meisterwerke Chopius vorzutragen. Es ist gewagt, in dieser übermodernen Zeit an einem Abend die sämtlichen 24 Präludien op. 28 mit ihrem wechselreichen Stimmungen vorzuspielen. Doch Maria Kahl-Deders Leistung war glänzend, sie gab mit ihrer persönlichen Note den 24 Perlen neues Leben. Den dastigen Cis-Moll-Walzer op. 6: spielte sie einfach herrlich. Auch die zwei Mazurken G-Moll op. 41 und C-Dur op. 56 sowie das Nocturne op. 15 waren voller Reiz. Mit männlicher Kraft spielte sie am Schluß die bekannte Es-Dur-Polonaise op. 53 — wie wir schon, haben die Leipziger diese Feinfest absolut nicht verstanden; sie strömten eine entsetzliche Kühle aus.

Städtische Theater. Wegen Erkrankung von Paul Gogert gelang heute Dienstag, den 4. Oktober, ausfall Das Götter- und die Exerzieren La Traviata zur Aufführung. Es wird noch besonders auf die Sereniumstellung hingewiesen, und zwar: Sonnabend, den 9. Oktober, 211. Anr.-Vorst. (1. Folge grün), Sonntag, den 9. Oktober, 210. Anr.-Vorst. (6. Folge gelb), Montag, den 10. Oktober, 209. Anr.-Vorst. 5. Folge blau).

Frau Diane Martiny hat der Presse mitgeteilt, daß sie von 1923 ab in den Verband der Wiener Staatsoper tritt. Die Operntätigkeit und die Intendanz hatten im Einverständnis mit dem gemischten Theaterauschuß Frau Martiny schon vor Monaten, um sie unserer Bühne zu erhalten, ein Angebot gemacht, das weit über die für ihr Fach in Frage kommenden Bezüge hinausging, aber die noch weitergehenden Forderungen in Rücksicht auf die übrigen Solomitglieder leider nicht erfüllen können, zumal aus den Verhandlungen hervorzog, daß Frau Martiny auf die Dauer doch nicht auf Wien verzichten würde.

Schauspielhaus. In Strindbergs Kammermies Wetterleuchten sind die Hauptrollen besetzt mit Artur Adler-Streitmann (Der Herr), Vina Carstens (Gerda), Gertrude Langfelder (Luise), Hanns Steiner (Konst), Karl Walden (Konditor), Regie: Felix Viehweg. Bühnenbilder von Franz Nitsche.

Kleines Theater. Von Donnerstag, den 15. d. M., ab gibt Max Gallenberg ein längeres Gastspiel; zunächst spielt er den Javodil in "Familie Schime". Für die ersten fünf Abende werden schriftliche Vorbestellungen an der Kasse des Kleinen Theaters entgegengenommen.

Leipziger Pienspiele (Tel. Bild). Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, wird das alte Spiel vom Doktor Faust in dieser Spielzeit zum ersten Male aufgeführt. Die Fassung ist die der Familie Wünsch-Bonneschly, die der von Goethe in Frankfurt gesehenen sehr nahe kommt. Dr. Alfred Lehmann wird am 4. und 6. der Aufführung einige kurze Worte vorausschicken. — Die Kindervorstellungen in der vergangenen Woche waren sämtlich ausverkauft, so daß es sich empfiehlt, den Vorverkauf zu benutzen. Als Nachmittagsvorstellung in dieser Woche: Der lässliche Prinzengraub, ein altes Mitternachtspiel.

Eingelaufene Schriften.

Der Thespiskarren, ein Kursbuch für seine Fahren und Infaßn; gültig für die Spielzeit 1921/22. Landesverlag, Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24/25. Preis 10 Mt.

Vorwärts-Umanah 1922. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 4 Mt.

Bücher über Automobilmusik, Flugwesen und das Motorboot. Spezial-Katalog der Sport-Buchhandlung August Reber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 21.

Willi Weigel, Die neuentdeckten lebenswichtigen Nährstoffe, Vitamine. Nach dem Stande der neuesten Forschungen. Verlag der Christlichen Rundschau, Otto Gmelin, München. Preis 6 Mt.

